

Jahrgang 3
No 9 Mai Juni

VORAN!

zur sozialistischen demokratie

50Pf

ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSOS UND GEWERKSCHAFT

ARBEITER HANDELN GEGEN DIE KRISE

GEGEN KURZARBEIT, ENTLASSUNG & ARBEITSLOSIGKEIT
für Verstaatlichung und Arbeiterkontrolle !

DASS DER ERSTE MAI 1975 IM ZEICHEN DER SCHWERSTEN WIRTSCHAFTLICHEN KRISE SEIT DER WÄHRUNGSREFORM STEHT, IST WOHL JEDEM BEKANNT. DIE ARBEITERBEWEGUNG WIRD IN ALLEN ECKEN DER BRD MIT DER NOTWENDIGKEIT KONFRONTIERT, DEN SCHWER ERKÄMPFTEN LEBENSSTANDARD GEGEN UNTERNEHMERANGRIFF VERTEIDIGEN ZU MÜSSEN.

So in Wolfsburg, Hannover, Neckarsulm bei VW, bei Opel in Rüsselsheim, in Bochum, bei dem Baugewerbe überall, um nur einige Branchen zu nennen: Entlassungen oder Neueinstellung von ausscheidenden Arbeitskräften haben die Arbeitslosenzahlen in die Höhe getrieben.

Erschreckend liest sich der Jahresbericht der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, wo die nominale Zuwachsrates im Umsatz von 5,8 % in Wirklichkeit - wenn Preissteigerungen berücksichtigt werden - einen tatsächlichen Rückgang von 1,7 % aufweist - der erste Rückgang seit 1948 !

Führende SPD-Politiker sind dabei, die angebliche Schrumpfung der Arbeitslosenzahlen im März hochzujubeln. Was sie aber verschweigen ist, daß sich diese Zahlen jedes Jahr im März einen rückläufigen Trend zeigen. Saisonbereinigt - so das Wirtschaftsministerium am 8. April - betrug die Arbeitslosenquote 4 %, ein Anstieg also gegenüber Januar (3,5 %) und Februar (3,7 %) ! Die wichtigsten Fakten in bezug auf die wirtschaftliche Lage werden - oft für parteipolitische Zwecke - verschwiegen oder verdreht.

Der Umsatz der Bauindustrie fiel von 153,3 Mia DM 1973 auf 151,9 Mia DM 1974. Die Lohn- und Gehaltskosten fielen letztes Jahr um 3 %, hauptsächlich Abbau von Akkordarbeit übertariflicher Bezahlung und auch von Überstunden. Jeder Bauarbeiter weiß, was diese Zahlen für seinen Lebensstandard bedeuten. Auch in der Stahlindustrie, die von der Krise später betroffen wurde, sah die Lage Ende '74 nicht viel besser aus. Bei Klöckner arbeiteten 5 200 von insgesamt 20 500 kurz. Investitionen sind gegenüber '72/'73 sogar um ein Drittel gesunken.

Diese Zahlen bedeuten nichts anderes als einen Versuch der Unternehmer die im Kapitalismus immer wiederkehrende Überproduktionskrise auf ihre Weise und zu ihrem Gunsten zu überwinden: erstens wird Produktion gedrosselt, bis die angeschwollenen Halden unverkäuflicher Waren wieder geschrumpft sind; infolge dessen müssen Tausende von Arbeitern vor die Türe gesetzt werden;

zweitens investieren die Kapitaleigner weniger in neue Maschinen, Fabriken und dergleichen, bis die Absatzaussichten günstiger aussehen; drittens werden Versuche gestartet, die gefährdeten Gewinnspannen auf Kosten der Beschäftigten wiederherzustellen. So zum Beispiel sind laut einer IG Metall-Umfrage im Tarifbezirk Villing in jedem dritten von 103 untersuchten Betrieben nach dem neuesten Tarifabschluß von 6,8 % die Sozialleistungen gekürzt oder gestrichen worden. (SPIEGEL 7. April 1975). Der SPIEGEL berichtet weiter, daß im Laufe der 8 Wochen andauernden Kurzarbeit im Pelikan-Werk in Hannover die Mitarbeiter um ihren Arbeitsplatz so besorgt waren, daß sie in den 4-Tage-Wochen bis zu 18 % mehr als in der 5-Tage-Woche produzierten. "Die Kollegen in den Betrieben malochen wie nie zuvor," sagte Dieter Kretschmer, Funktionär der IG-Chemie, Papier-Keramik.

In Wirklichkeit ist die Lage des westdeutschen und des Weltkapitalismus sehr ernst. In den meisten Branchen läßt sich ein Rückgang oder bestenfalls eine Stagnation der Produktion, des Umsatzes, der Profite und der Investitionen feststellen. Ein typisches Beispiel bei den multinationalen Konzernen ist Philips: hier fielen die Profite von 2,6 Mia Gulden 1973 auf 2,3 Mia Gulden 1974 - und das bei einem real gestiegenen Umsatz von 7 %. Eine Drosselung der Produktion um 3 - 4 % wird 1975 erwartet, Entlassungen und ein Einstellungsstopp sind unvermeidlich.

In der Bundesregierung herrscht gegenüber dieser schwerwiegenden Krise Ratlosigkeit und Widersprüchlichkeit. Auf der einen Seite hören wir vom Kanzler Schmidt und Finanzminister Apel, daß die Wende schon deutlich zu sehen ist; auf der anderen Seite veröffentlicht das Wirtschaftsministerium unter Friedrichs Zahlen der Industrieproduktion für Januar/Februar 1975, die 12 % unter denen von November/Dezember 1974 liegen - saisonüblicher Rückgang wäre nur - 7,5 %! Was wird nun hier gespielt ?

Die Antwort liegt in der Tasche, daß auf der einen Seite die Arbeiternehmer zur SPD/



FDP-Wahl bei den Landtagswahlen ermuntert werden sollen - also "Den Aufschwung wählen!" wie die SPD-Parole in Nordrhein-Westfalen so schön heißt. Auf der anderen Seite sehen die Unternehmer die Notwendigkeit, - aus ihrer Sicht - die Löhne und Gehälter zu drücken und eine Nullwachstumsrate bei Lohnerhöhungen zu erreichen. Da meinte also Martin Grüner, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, "Die maßvollen Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie sind ein wichtiger Eckpfeiler und Grundvoraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufschwung unter Beibehaltung der Stabilität." Unter 'Stabilität' verstehen die bürgerlichen Wirtschaftsexperten natürlich 'Stabilität der Profite'.

Schleyer, Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände drückte deren Interessen noch klarer aus: "wichtige Voraussetzung für eine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit und den Abbau der

Arbeitslosenquote ist die nachhaltige Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmer." (21.3.75 FRANKFURTER RUNDSCHAU)

Inhalt:

Arbeiter aller Länder vereinigt Euch !	2
Europas Autoindustrie in der Krise	3
Frankreich - Mai 1968	4,5
Portugal, Spanien	6
Juso - Strategiediskussion ...	7
1. Mai Interviews mit Gewerkschaftern	8
Nordirland	8
Britische Juso-Konferenz	8

... wenn der westdeutsche Kapitalismus seine jetzige günstige Lage aufrechterhalten will - müssen die Löhne runter! Gegenüber dieser nüchternen Forderung nach erhöhten Gewinnen der Bosse erscheint das von der Bundesregierung hingehaltene Köder von DM 600 Mio Staatszuschüsse (Lohnkostenzuschüsse, Mobilitätzuschüsse usw.) für die Beschaffung von neuen Arbeitsplätzen absolut utopisch. Ein Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium beschrieb diese Maßnahme zynisch: "Das war der verunglückte Versuch, Arbeitslosen einen 100-Mark Schein in den Ausschnitt zu stecken und zu hoffen, er werde dadurch für Unternehmer attraktiver." Zwischen Mitte Dezember und Ostern konnte Arendt nur 15% der erhofften neuen Arbeitsplätze 'schaffen' (wieviel so oder so zustande gekommen wären erscheint nicht im Arbeitsbericht des Ministeriums). Entscheidend für die Kapitalistenklasse bleibt nach wie vor die zu erwartenden Gewinntrug aus der Produktion.

Ähnlich läuft es mit den 7,5 % Zuschüsse für Neuinvestitionen bis zum 30. Juni 1975, wie der DIW Wochenbericht vom 20. März feststellt.

Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln erklärte Ende März drohend: "Die goldenen 60er Jahre sind für lange Zeit vorbei. Es ist mit einem Wachstum für die nächsten Jahre von rund 3 % zu rechnen. Selbst diese bescheidene Wachstumsrate setzt Investitionssteigerungen zwischen 5-6% voraus. Bei der gegenwärtigen Investitionsrate würde sich das Wachstum auf 2 % verringern." Aus Sicht der Bourgeoisie nannte das IDW die 'Ursachen' der Krise: "Wirtschaftspolitik, die die Unternehmer - tätigkeit belastet, die Investition mit einer Strafe belegt... Gewerkschaften haben den Verteilungskampf... durch expansive Forderungen verschärft." Dieses und ähnliche Zitate seitens der Vertreter der Unternehmer muß die Arbeiterbewegung als deutliche Warnsignale auffassen: es ist richtig, daß im Kapitalismus Wachstum oder Gewinne undenkbar ist. Der Wahnsinn des Profitsystems besteht ja gerade darin, daß trotz realer Bedürfnisse Fabriken verkommen dürfen, Produktion gedrosselt und Arbeiter vor die Türe gesetzt werden.

Einen deutlichen Kontrast findet man - trotz Polizeistaat und bürokratischer Entartung - in der DDR - in der Planwirtschaft die Möglichkeit die Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen zu planen. Drüben erwartet man das zwei- bis dreifache Wachstum wie in der BRD!

ARBEITER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!!

Vor 18 Monaten schrieben wir in der ersten Nummer von VORAN!:

"Die große Nachkriegsperiode der Klassenharmonie neigt sich ihrem Ende zu. Die Ära der großen Stürme und Kämpfe bricht an." Damals waren viele SPD-Genossen über unsere Vorhersage skeptisch. Die vorherrschende Meinung war, daß die "freie Marktwirtschaft" die einzig richtige für die BRD sei, und daß Wirtschaftswachstum eine Selbstverständlichkeit sei. Nur ein Wahnsinniger könnte heute - im Mai 75 - behaupten, daß "kapitalistische Wirtschaftskrisen längst überwunden worden sind".

Kein entwickeltes Land der Erde bleibt von der Rezession verschont. In den meisten Ländern der westlichen Welt stagniert die Produktion oder geht zurück. In den USA rechnet man mit einem Rückgang des Brutto- sozialproduktes im Jahre 1975 um 10 Prozent. In Großbritannien, Belgien, Italien sinkt der Lebensstandard. Die Exportzahlen steigen nur deshalb, weil die Preise gestiegen sind. Wie immer bei solchen tiefen Wirtschaftskrisen gibt es politische Erschütterungen.

Seit Mai 74 hat sich vieles ereignet. Um die Hauptereignisse wieder in Erinnerung zu rufen:

Die Caetano-Diktatur wurde Ende April in Portugal gestürzt. Nach 48 Jahren totalitärer Diktatur strömte eine Million Portugiesen auf die Straßen zum ersten freien ersten Mai seit zwei Generationen.

Nach sieben Jahren Militärregierung verschwand die griechische Junta unter Ionides so plötzlich wie sie kam. Wie in Lissabon demonstrierten Hunderttausende in Athen.

Auf Ceylon konnte die Mobilisierung zum 1. Mai die Vorbereitungen eines rechten Staatsreiches vereiteln. In Dänemark trat der Gewerkschaftsbund in einen zehntägigen Generalstreik gegen die Inflation und für die Absicherung des Lebensstandards.

Trotz Lügen und Unterdrückung von Informationen mußte Nixon letzten Endes angesichts der organisierten, einhelligen Opposition der bürgerlichen Parteien am 8. August zurücktreten, weil er durch militärische Abenteuer in Südostasien die internationale Position der amerikanischen Kapitalistenklasse gefährdete.

Das korrupte Feudalregime Äthopiens brach wie ein Kartenhaus zusammen. Der "Löwe von Judah" wurde Mitte September von seiner eigenen Palastwache verhaftet.

Premier Tanaka von Japan wurde wegen Korruption und Skandalen ebenfalls zum Rücktritt im November 1974 gezwungen.

Die britischen Arbeiter konnten nach der größten Streikwelle seit 1926 die konservative Regierung im Februar zu Parlamentswahlen zwingen, und Wilson wurde wieder Ministerpräsident einer Labour-Minderheitsregierung mit dem radikalsten Programm seit 1945. Im Oktober konnte die Labour Party bei Neuwahlen eine knappe parlamentarische Mehrheit erreichen.

Branchen herrscht praktisch Einstellungsstopp. Ausscheidende und Pensionierte werden nicht ersetzt. Hier liegt die Erklärung für die wachsende Jugendarbeitslosigkeit, die Einschüchterung der Belegschaften, den Rückgang der Krankmeldungen und die sinkende Zahl der Gastarbeiter.

Der Kapitalismus zeigt erneut sein häßliches Gesicht der Unplanbarkeit der Produktion und der Verschwendung menschlicher Ressourcen.

Die SPD-Führer versuchen, auf traditionelle kapitalistische Weise diese Krise zu überwinden: durch Investitionspritzen der öffentlichen Hand, durch Subventionierung und Zuschüsse, durch Maßhaltenparolen und Reformstopp. Wie hätte Erhard oder CDU-Mitglied Schiller anders gehandelt?

In dieser Situation ist es ein Skandal, daß der Bundeshaushalt 1975 31 Millionen für Verteidigung und nur 8,4 Millionen für Bildung und Forschung vorsieht. Skandalös ist es auch, daß Steuergelder dafür benutzt werden, die Entlassenen zu unterstützen und die widerwilligen Kapitalisten zu subventionieren.

Einige Teile der Gewerkschaftsbewegung sind schon gegen diese Auswirkungen der Wirtschaftskrise aktiv geworden. Die VW-Arbeiter haben sich zu Zehntausenden in Neckarsulm gegen Entlassungen versammelt. Warnstreiks fanden während der Beratungen über das Schicksal von VW statt. Alle Betriebsratsvorsitzenden im Aufsichtsrat wurden durch Druck von der Basis gezwungen, gegen die geplanten Entlassungen zu stimmen.

Die DGB-Jugend hat in Großkundgebungen von Zehntausenden in Stuttgart am 12. April und in Dortmund und Frankfurt am 19. April den Zorn der arbeitslosen und entrechteten Jugend zum Ausdruck gebracht.

Diese beiden Bewegungen sind nach unserer Auffassung nur die ersten Zeichen für eine breite kämpferische Entwicklung der organisierten Arbeiterschaft gegen die zynischen Manöver und Angriffe der Unternehmer.

Wie lange die Krise in der gegenwärtigen Form noch andauern wird, ist schwer zu sagen. Bürgerliche "Wirtschaftsexperten" sind geteilter Meinung über Ausmaß und Fortdauer der Rezession auf Weltebene. Und gerade die Weltsituation bleibt für die Entwicklung in der BRD von entscheidender Bedeutung. Ohne einen Aufschwung in den USA, in Japan und in Westeuropa ist ein Aufwärtstrend in der BRD völlig undenkbar.

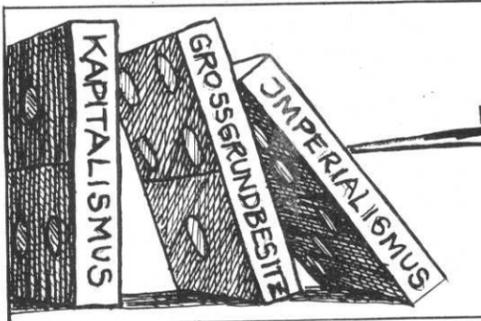
In der Bundesrepublik sahen wir das Anwachsen der Arbeitslosenzahlen zum ersten Male seit fast einer Generation auf eine Million, den Rücktritt Brandts am 6. Mai, SPD-Verluste bei Landtagswahlen von Kiel über Hamburg bis München.

Der Gaullismus in Frankreich starb mit Pompidou. Giscard d'Estaing, der nur eine traditionelle konservative Politik vertrat, konnte mit einem knappen Prozent den Kandidaten der Sozialisten und Kommunisten, Mitterrand, schlagen.

Von Washington bis Colombo, von Stockholm bis Kapstadt, von Glasgow bis Tokio steckt die kapitalistische Welt in einer verheerenden politischen Krise. Wohin man auch immer blickt, sind die Auswirkungen der ersten großen Weltwirtschaftskrise seit Kriegsende auf politischer Ebene deutlich zu sehen.

Fürwahr ist "die Ära der großen Stürme und Kämpfe" angebrochen!!

In allen westlichen Ländern - bis auf 2 - gab es einen Regierungswechsel. Krisen, Skandale, Ratlosigkeit der Kapitalisten, wachsende Kampfberbereitschaft der organisierten Arbeiter. Das politische Gesicht des südlichen Afrika ist durch die portugiesische Revolution vollends verändert worden. Riesige Flächen sind von der weißen Minderheitsregierung in Angola und Mocambique befreit worden. Die Regimes in Rhodesien und Südafrika bangen um ihre Zukunft. Der Sieg der Bauernarmeen in Südostasien ist fast endgültig



abgeschlossen. Der Riese USA konnte trotz gewaltigen technischen Aufwands und finanzieller Unterstützung die hungrigen Bauern nicht schlagen, weil sie für ihre soziale Befreiung vom Großgrundbesitz kämpften, der zwischen 25 und 50 % der landwirtschaftlichen Erträge absahnte.

Diese Zurückdrängung der stärksten Militärmacht der Welt beweist, daß der Kapitalismus in dieser Epoche auf tönernen Füßen steht. Wenn in Vietnam oder Kambodscha US-Soldaten bereit waren, ihre Offiziere zu töten, ist es völlig undenkbar, daß eine US-Intervention gegen eine Arbeiterregierung in Europa durchgeführt werden könnte. Trotz ihrer bürokratischen

der Halten, durch Kurzarbeit und Produktionsdrosselung, sowie durch Zurückhaltung bei Investitionen, um die Überkapazität abzubauen, ein leichter Aufschwung gegen Herbst kommen wird. Dieser kann aber aufgrund der Ausschöpfung der Entwicklungsmöglichkeiten in der Industrie in der kommenden Epoche nur instabil und kurzlebig sein. Das Institut der deutschen Wirtschaft hatte recht: "die goldenen 60er Jahre sind vorbei".

Kein Arbeiter kann sich aber damit zufriedengeben, eine solche Tatsache einfach passiv zu registrieren. Krisen im Kapitalismus wurden immer auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen. Ein Zeitalter des Klassenkampfes bricht an, in dem Millionen sich gegen Angriffe auf den Lebensstandard wehren müssen. Arbeitnehmer erwarten gerade in solchen Krisenzeiten eine kühne Offensive von der Führung ihrer Organisationen. Schon jetzt werden bei den Betriebsratswahlen verschiedene Listen der Einheitsgewerkschaften aufgestellt weil Kollegen sich auf eine Strategie nicht einigen konnten. In Tausenden von Betrieben ist die Gewerkschaftsstruktur verstarbt und veraltet. In den nächsten Jahren eröffnet sich die Perspektive einer Erneuerung der Vertrauenskörper und Betriebsräte, einer Ersetzung älterer, des Kampfes müde gewordener Kollegen durch frische, jüngere Gewerkschafter, die sich nicht vor einer harten Konfrontation fürchten und scheuen.

Auf politischer Ebene wird die Erfahrung mit der Bonner Koalition zunächst eine Demokratisierung und Resignation hervorrufen, später aber ebenfalls eine Belebung und Auffrischung des Parteilebens der SPD. Genossen in den Ortsvereinen sind schon jetzt dabei, nach den Ursachen für Stimmenverluste bei den Landtagswahlen zu fragen.

und totalitären Staatsform, trotz der fehlerhaften Verwaltung und Verschwendung der privilegierten Eliten haben die Ostblockstaaten ihre Überlegenheit gegenüber dem Kapitalismus erneut bewiesen. Obwohl viele Rohstoffe und Einfuhr Güter durch rasende Inflation auf dem Weltmarkt verteuert wurden, konnten die Planwirtschaften 1974 und bis jetzt auch 1975 eine ansehnliche Wachstumsrate von zwischen 4 und 8 % erzielen.

Wirtschaftsminister Friderichs spricht sogar von einer "stabilisierenden Funktion des Osthandels" (24. März) für die Konjunktur in der BRD.

Welch ein Kontrast zu den hochmütigen Lobliedern auf die freie Wirtschaftsordnung des Westens, die bürgerliche Politiker während der goldenen 60er Jahre zu singen pflegten.

Die 70er Jahre werden die Jahre der Arbeiterbewegung sein. Wie zuvor in unserer Geschichte waren wir Arbeiter zahlenmäßig so stark oder so gut organisiert wie heute. Wir zählen weit über 100 Millionen Arbeiter und Angestellte in der EG, eine vergleichbare Zahl in den USA und der Sowjetunion und unzählige Millionen in der westlichen Welt.

Die Mittelschicht spielt heute - im Gegensatz zu den 20er und 30er Jahren, als sie nach den Niederlagen der gespaltenen Arbeiterbewegung zur Hauptstütze des Faschismus wurde - kaum eine Rolle. Zahlenmäßig radikal geschrumpft, stellt sie in keinem Land Europas eine Mehrheit der Bevölkerung dar.

Die Ereignisse der letzten 10 Jahre in Portugal, Spanien, Frankreich und Griechenland beweisen unwiderlegbar das Gesetz der Geschichte, daß die verzweifelte Mittelschicht sich zunächst an die stärkste oppositionelle Kraft in der Gesellschaft - also die Arbeiterklasse - orientiert.

Wenn die politischen Parteien der Linken es verstehen, die Interessen der Mittelschicht durch ein mutiges Kampfprogramm gegen die Herrschaft des Großkapitals zu vertreten, so können sie für den Sozialismus gewonnen werden. Zögern die Arbeiterparteien aber, so ist mit einer antisozialistischen Reaktion wie in Chile zu rechnen. Letzteres war das deutlichste Warnsignal seit dem Sieg Francos 1939.

In unserer Epoche stellt sich unmittelbar die Frage nach der sozialistischen, demokratischen Gesellschaftsordnung in allen wichtigen Ländern der Welt als tagespolitische Notwendigkeit. Seit zwei Jahrzehnten waren die Organisationen der Arbeiterbewegung wegen des Wirtschaftsaufschwungs relativ ruhig. Mit dem Ende des Booms erleben wir täglich neue Beweise der Stärke dieser Klasse, der Schwäche unserer Gegner.

Wenn Millionen von "unpolitischen Arbeitern und Angestellten" durch Angriffe auf den Lebensstandard wachgerüttelt werden kämpfen sie wie neugeboren.

Man denke an die großartige Fabrikbesetzung der Zementarbeiter in Erwitte, die Kampfbereitschaft bei VW, den Streik im öffentlichen Dienst Anfang 1974.

Skeptiker und Zyniker, Opportunisten und Sektierer verspotten die konsequenten Sozialisten, die Marxisten, wenn sie von einer politischen Wiedergeburt der deutschen Arbeiterklasse sprachen. Der Prozeß der Erneuerung der Arbeiterorganisationen in aller Welt hat begonnen.

Aus dem Nichts stieg die sozialistische Partei Portugals hervor. Sie stellt die Massenpartei der Portugiesischen Arbeiter dar.

Wir reden für viele, wenn wir sagen, die SPD muß jetzt eine Offensive gegen die Angriffe der Unternehmer und ihrer politischen Vertreter FDP und CDU/CSU starten.

Die SPD-Führung ist aufgerufen, im Sinne der organisierten Arbeiter zu handeln, Verstaatlichungen von den Firmen durchzuführen, die Entlassungen vornehmen, Verstaatlichung der Banken, die den Streik des Kapitals organisieren, Verstaatlichung von Grund und Boden, um Wucherei und Spekulation ein Ende zu bereiten, Verstaatlichung jener Firmen, die Ausbildungsplätze kürzen, Kurzarbeit oder Einstellungsstopp durchführen.

Auf dieser Grundlage wäre es möglich, einen demokratischen Produktionsplan auszuarbeiten, mit demokratischer und flexibler Kontrolle. Eine sozialistische Planwirtschaft auf demokratischer Grundlage könnte von vorneherein das Monstrum der DDR-Bürokratie verhindern und das volle Potential der BRD-Industrie ausnützen..

Ein solches Programm, wenn es deutlich und klar erklärt und dargelegt würde, könnte die Wähler mobilisieren, könnte die Scheinalternative der FDP oder CDU/CSU zur Zusammenbruch führen, könnte eine absolute SPD-Mehrheit garantieren.

Es geht jetzt um die Vorbereitung eines politischen Kampfes in Gewerkschaft und SPD für ein sozialistisches Programm, eine sozialistische Lösung der Krise. Jeder aktive Gewerkschafter und Sozialdemokrat ist aufgerufen, aktiv die Politik seines SPD-Ortsvereins im Sinne der Arbeiterinteressen zu beeinflussen, dort aktiv zu arbeiten, für eine Mehrheit der SPD in Land und Bund zu kämpfen und das Programm der sozialistischen Demokratie durchzusetzen.

KM

Anzeige



Zweimal in der Woche ärgert EXTRA-Dienst ein paar hundert Leute. Kunststück. Weil er enthält. Sagt, wie es ist. Die Leser des einzigen linken Informationsdienstes der Bundesrepublik und Westberlins wissen, warum sie 9 DM im Monat dafür bezahlen: nirgendwo sonst bekommen sie zweimal wöchentlich eine solche Fülle an Information. Fordern Sie ein Probexemplar an oder bestellen Sie direkt bei Verlag + Druck, 1 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20.

Ich bestelle EXTRA-Dienst für monatlich DM 9,- ab für mindestens ein halbes Jahr.

Name
Vorname
Ort
Straße

DAS INTERESSIERT SIE:

EXTRA-Dienst hat 7000 Abonnenten und wird von 20 000 Menschen gelesen.

EXTRA-Dienst erscheint im 9. Jahrgang. Er hat je eine Redaktion in Bonn und Westberlin.

EXTRA-Dienst wird vor allem von Linken gelesen. Laut ED-Umfrage von 42 % SPD-Sympathisanten und 31 % DKP/SEW-Sympathisanten. 60 % aller ED-Leser sind gewerkschaftlich organisiert.

EXTRA-Dienst hat einen leserorientierten Anzeigenmarkt: Wohnungen, Jobs, Kinderladenplätze, Gebrauchsgüter.

EXTRA-Dienst ist kein Organ einer Partei oder einer anonymen Gesellschaft. ED gehört den im Impressum verzeichneten Redakteuren.

Frankreich vor einigen Jahren hoffnungslos korruptierte und zersplitterte sozialistische Bewegung ist in den letzten Jahren zur stärksten Partei im Lande geworden. Die Führer sind - wie in Portugal - aufgrund des Drucks von der Basis zu sozialistischen und gar marxistischen Aussagen gezwungen worden.

In allen sozialdemokratischen Parteien ist ein Prozeß der Radikalisierung und der Herausbildung eines linken Massenflügels in Gange, der nicht mehr bereit ist, sich mit den Parolen der "sozialen Partnerschaft" und "Marktwirtschaft" abzufinden. Auch in der BRD und den nordischen Ländern ist in den nächsten Jahren mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen.

Die Ära der großen Stürme und Kämpfe ist herangebrochen. Dieses Mal werden die Arbeiter den Preis mit beiden Händen nehmen.

- o Voran zu einer sozialistischen Demokratie!
- o Voran zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und der Welt!

rv

BRD : warnstreiks

Der westdeutsche Automobilexport erlitt im Februar 1975 einen neuen Rückschlag. In diesem Monat betrug das Ausfuhrvolumen 111 100 Fahrzeuge aller Art - 44 Prozent weniger Automobile wurden ins Ausland geliefert als im Februar 1974, das heißt, der Export ging fast um die Hälfte zurück. !

Das Volkswagenwerk lieferte bisher rund 70 Prozent seiner Automobile ins Ausland, während der Exportanteil der bundesdeutschen Automobilkonzerne im Durchschnitt bei 60 Prozent liegt.

Umfangreiche Produktionseinschränkungen sind die Folge. Für Tausende von VW-Arbeitern und deren Familien heißt das: Soziale Unsicherheit, Existenzangst, Kürzung des Lebensstandards, Verzicht auf Urlaub und kostbare Lebensmittel, die zersetzende Wirkung von Arbeitslosigkeit, Einschränkungen auf allen Gebieten.

VW-Vorstandsvorsitzender Toni Schmücker, der ganz gewiß nicht von der Krise betroffen ist oder den Gürtel enger schnallen muß, sprach zynisch von "persönlichen Anpassungsmaßnahmen", die "unvermeidlich" seien.



Volkswagen-Halde in USA

Für Neckarsulm, wo die Hälfte der über 10 000 NSU-Beschäftigten mit einem blauen Brief rechnen muß, bedeutet dies eine Arbeitslosenrate von 20 Prozent ! Die unmittelbar benachbarten Betriebe Heilbronn und Neuenstein sollen ganz geschlossen werden - insgesamt 1200 Beschäftigte werden davon betroffen sein. In Emden werden 1500 von 6900, in Kassel 2300 von 15100 und in Salzgitter 3000 von 8300 Arbeitern fliegen. Nachdem der VW-Konzern bereits seit Anfang 1974 25000 Beschäftigte entlassen hat, sollen jetzt weitere 20 000 bis Ende 1976 stempeln gehen !

Die bürgerliche Presse frohlockte: Über 100 000 Arbeitsplätze bleiben erhalten. Das kommt dem Reporter gleich, der über eine Massenkarambolage berichtet: Über 15 Millionen Autofahrer blieben wohl auf - lediglich 150 wurden getötet !

Spontan reagierte die Belegschaft geschlossen und solidarisch : Demonstrationen und Warnstreiks spiegelten die Kampfbereitschaft der Kollegen in den einzelnen Zweigwerken wider - in Neckarsulm etwa legten 10 000 4 Stunden lang die Arbeit nieder. Sie wollen ihre Arbeitsplätze verteidigen.

IG-Metall-Vorsitzender und SPD-Mitglied Eugen Loderer fand sich mit den Personaleinsparungen ab und betonte, er wolle die vorhandenen Schwierigkeiten auf möglichst viele Schultern laden. Hat er damit auch die Schultern der Herren vom Auf-

England: fabrik- besetzungen

Ein Obmann berichtet unserer englischen Schwesterzeitung über die eintägige Fabrikbesetzung in einem Zweigwerk des Vauxhall-Automobilkonzerns in der Nähe von Liverpool :

Am 5. April besetzten die Arbeiter des Vauxhall-Zweigwerkes in Ellesmere Port die Fabrik und vertrieben die Geschäftsleitung aus ihren Büros. Damit protestierten wir gegen die geplante Kurzarbeit.

1600 Mann marschierten auf die Verwaltungsgebäude zu und trugen lautstark ihre Forderungen vor. Die Hauptforderung war 5 Tage Arbeit oder 5 Tage voller Lohn - und das wird weiter unsere Parole sein. Wir sind uns klar darüber - wir werden jederzeit zur Dreitageweche übergehen, solange wir für 5 Tage bezahlt werden.

Unsere Leute gingen durch den Haupteingang in den Verwaltungsblock und übernahmen rasch und schmerzlos die Lautsprecheranlage und die Werkschutzeinrichtungen.

Als wir diese Aktionen vorbereiteten, stand es auf der Kippe, ob die Vertrauensleute - wir haben hier 70 - allein daran teilnehmen sollten, oder ob die gesamte Mitgliedschaft mitmachen sollte. Wir stimmten dafür, daß alle Mitglieder teilnehmen sollten. Von den 60 Vertrauensleuten, die bei dem Treffen waren, war nur einer dafür, daß nur die Vertrauensleute mitwirken sollten.

sichtsrat gemeint ? Ein Arbeitervertreter der selbst eine gesicherte Existenz hat und die Auswirkungen einer nicht von den Arbeitern verschuldeten Krise möglichst "gerecht" auf alle Zweigwerke verteilen möchte, also vor den kapitalistischen Gesetzen kapituliert und nicht grundsätzlich jeden Arbeitsplatz erhalten möchte, wirkt in den Augen von Tausenden, die in ihm ihren Interessenvertreter sehen, ungläubig.

Die Bundesregierung kündigte ein Sonderprogramm zur Arbeitsbeschaffung über 300 Millionen DM an. Da jedoch die Unternehmer kein Vertrauen mehr in die kapitalistische Wirtschaft haben und sich bei Investitionen zurückhalten, wird dieses Programm kaum neue Arbeitsplätze schaffen.

Das Volkswagenwerk bietet ein krasses Beispiel für kapitalistische Fehlplanung und verschwenderische Produktion: Nur 60 Prozent der vorhandenen Produktionskapazitäten wurden eingesetzt, 40 % blieben ungenutzt. Gleichzeitig wurden die Preise für VW und Audi im Januar um 3,5 Prozent, im April erneut um 4,3 Prozent erhöht !

Würden sich die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung wieder einmal das Godesberger Programm in die Hand nehmen, so könnten sie dort in ihrem eigenen Programm lesen :

"...Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig..."

Nun, soll dieser Satz als linkes Feigenblatt verstanden werden oder meint es die SPD-Führung ernst, daß notfalls Verstaatlichung zwecks Aufrechterhaltung der Arbeitsplätze durchgeführt werden soll ? Oder meinen die Genossen etwa, daß VW eine "gesunde Ordnung" darstellt ? Alle "anderen Mittel" haben sich als untauglich erwiesen, eine gesunde Ordnung zu gewährleisten und jedem Arbeiter einen Arbeitsplatz zu garantieren !

In dieser Situation müssen die Gewerkschafts- und SPD-Führer die Schuldigen aufzeigen und die Arbeiter mobilisieren, nicht sich verschwiegen zurückziehen und die Auswüchse zu mildern versuchen, was ihnen so oder so kaum gelingt.

Auf keinen Fall aber dürfen die Arbeiter die harten Konsequenzen ausbaden. Sie haben ja nicht geplant ! Die VW-Arbeiter

EUROPAS autoindustrie in der k r i s e

Die einzige Antwort heißt Verstaatlichung der gesamten Industrie. Das Übel heutzutage ist, daß man Zeug produziert, aus dem irgendwelche Kerls im feinen Anzug so viel Profit schlagen können wie möglich, und nicht Zeug, das das Land wirklich braucht. Verstaatlichung der Automobilindustrie allein wird noch nicht die Probleme des Landes lösen. Auch verstaatlichte Industrien sind in einer kapitalistischen Gesellschaft gezwungen, zu entlassen.

Wir würden immer noch in Konkurrenz zu den Arbeitern von British Leyland und Chrysler stehen. Stell dir mal vor, wir würden ein großes Verkaufsprogramm aufstellen und 100 Vivas in der Stunde produzieren, dann ginge die Nachfrage nach den Autos anderer Konzerne zurück.

VAUXHALL

Arbeiterkontrolle darf nicht einfach heißen, den feinen Anzug des Chefs durch unseren blauen Anzug zu ersetzen.

Die Forderung der Vertrauensleute von British Leyland nach Verstaatlichung und Kontrolle durch ein Drittel Belegschaft, ein Drittel Gewerkschaftsführung und ein Drittel Regierungsvertreter halte ich für gut.

Natürlich ist es nicht so einfach damit getan, ab morgen früh Arbeiterkontrolle einzuführen. Wir brauchen eine Übergangsperiode, so wie das Autofahren erlernt werden muß. Es wäre nämlich sinnlos, uns einfach die Probleme weiterzugeben, die heute im privaten kapitalistischen Betrieb auftauchen. Deshalb muß alles in einen umfassenden, nationalen und internationalen Plan eingebettet werden.

haben den Kampf um jeden Arbeiter schon angesagt. Selbst Eugen Loderer, der jahrelang im Aufsichtsrat gesessen hatte, ohne die Arbeiter zu warnen, ist jetzt radikal geworden.

Die Parole muß lauten Schutz für jeden Arbeitsplatz, keine Entlassungen, einen garantierten Arbeitsplatz oder vollen Lohnausgleich, keine Subventionen !

Das private Profitinteresse hat uns in die Krise gestürzt. Die einzige Alternative heißt Ausschaltung des Privatinteresses durch Verstaatlichung der Automobilkonzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Planung der Produktion nur nach den echten Bedürfnissen durch einen Aufsichtsrat, dem zu je einem Drittel Vertreter der jeweiligen Belegschaft, Vertreter des DGB als gewählte Arbeiterführung und Vertreter der Bundesregierung angehören.

Die Krise des VW-Konzerns verdeutlicht die Krise der gesamten privatkapitalistischen Wirtschaft schlechthin. Unter kapitalistischen Vorzeichen bedeutet die Jagd nach dem Profit eine planlose, chaotische Produktion. Jeder Automobilkonzern versucht, Modelle aller Klassen anzubieten, die Konkurrenz auszusteichen, was unvermeidlich Absatzstockungen herbeiführen muß. Die Autos werden immer kurzlebiger, obwohl es auf der Grundlage der technischen Fortschritte und Erfindungen möglich ist, Autos für 20 oder 30 Jahre zu bauen ! Verkehrsprobleme, Vergiftung



der Städte, aufwendige Investitionen in Autobahnen, Tankstellen und dergleichen stellen überhaupt die Frage nach dem Stellenwert der Produktion von PKWs als vorrangiges Verkehrsmittel in unserer Gesellschaft. Aber erst Arbeiterregierungen in den wichtigsten Ländern der Welt werden diese Probleme vollends lösen können. Selbst Helmut Schmidt meinte, daß bei VW ein Jahrzehnt lang eine falsche Unternehmenspolitik betrieben wurde.

Eine Lenkung und Planung im Interesse der Arbeiter kann jedoch unmöglich Konkurrenz zwischen staatskapitalistischen Automobilbetrieben (FIAT, Renault, SEAT, Rolls Royce etc.) heißen. Ebenso wie die Eisenbahnen auf internationaler, europäischer Ebene geplant, koordiniert und abgestimmt über die Geleise rollen, muß die Produktion der Automobile in internationaler

ler Koordination geplant werden, um eine maximale Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten zu ermöglichen. Um diese internationale Arbeitsteilung und Koordination im Interesse der Arbeiter zu gewährleisten, müssen die Aufsichtsräte der verstaatlichten, nationalen Firmen Delegierte in ein internationales Gremium entsenden, das diese Aufgaben wahrnimmt und die internationale Automobilproduktion abstimmt.

Was für den Automobilsektor notwendig ist, gilt natürlich auch für Stahl, die Elektrobranche, Chemie, Wein, Landwirtschaft, kurz gesagt alle Wirtschaftsbereiche. Internationale kapitalistische Konkurrenz kann nur Verschwendung, Vernichtung der Überproduktion, Feindseligkeit, Handels- und schließlich Militärkrieg bedeuten. Faschismus und die beiden Weltkriege sind ein deutliches Warnsignal. Die EWG mit ihren Institutionen ist völlig unfähig, im Interesse der Arbeiter international zu produzieren. Sie stellt eine kapitalistische Kampfarena dar, die früher oder später in der Krise sich selbst auflösen wird.

Die einzige realistische Perspektive kann nur der Aufbau der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa mit Arbeiterkontrolle und sozialistischen demokratischer Planwirtschaft sein - auf kapitalistischer Grundlage und mit der EWG bleibt das Vereinigte Europa eine Utopie. Die VW-Arbeiter kämpfen für alle Arbeiter.

- o Kampf um jeden Arbeitsplatz !
- Keinen Pfennig Lohnverlust !
- Einen garantierten Arbeitsplatz oder vollen Lohn !
- 40 Stunden Arbeit oder 40 Stunden Lohn !
- Wenn Kurzarbeit kommen muß, dann eine gleitende Arbeitszeitskala !
- 40 Stunden Lohn für 30 Stunden Arbeit !
- o Laßt die Bosse zahlen !
- o Aufhebung der Schweige- und Friedenspflicht !
- o Gläserne Taschen der Unternehmer !
- Offenlegung der Geschäftsbücher !
- o Verstaatlichung des VW-Konzerns mit minimaler Entschädigung !
- Übernahme der ganzen Automobilbranche !
- o Verstaatlichung der Großkonzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung !
- Aufsichtsrat aus einem Drittel Belegschaftsvertreter, einem Drittel DGB-Vertreter und einem Drittel Delegierte der Bundesregierung !
- o Internationale Planung und Lenkung der Produktion !
- o Voran zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa !

HT

Nach der Weigerung der Firmenleitung zu verhandeln, riefen die betroffenen Gewerkschaften - CGT und CFTD - eine Reihe von Blitzstreiks bis zu 2 Stunden aus. Dies war um Mitte Februar, und seither hat sich dies ausgeweitet, nachdem 3000 Arbeiter ausgesperrt und Kurzarbeit eingeführt wurde.

Ein entschlossener Kampf der Renault Arbeiter auf nationaler Ebene könnte der ganzen Arbeiterklasse den Weg voran aufzeigen. Aber dazu müßten Forderungen nicht nur für eine Schicht der Arbeiter, sondern für alle Renault-Arbeiter und die Arbeiterklasse insgesamt aufgestellt werden.

Auf eine Anzahl von Fabrikschließungen haben viele Arbeiter - ohne eine nationale Führung der Gewerkschaften - mit Fabrikbesetzungen geantwortet. Laut CFTD halten die Arbeiter gegenwärtig 30 Fabriken besetzt.



Frankreich: massen- rauswurf

Ein Mitglied der französischen Sozialistischen Partei aus Straßburg berichtet :

Wie die anderen kapitalistischen Länder steckt auch Frankreich im Chaos. Im Januar kam ein offizieller Bericht heraus, wonach für 1975 ein Nullwachstum erwartet wird. Die Automobilproduktion sank um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr - ähnlich im Baugewerbe.

RENAULT

Es scheint zum zweiten Male in 2 Jahren unvermeidlich, daß die staatlichen Renault-Werke in einen bitteren Streik gestürzt werden. Die Firmenleitung hat bereits für über 25000 Arbeiter Kurzarbeit eingeführt - damit auch entsprechend geringere Löhne. Diese Provokation war zweifellos mit dem Kabinett Chirac und Präsident Giscard d'Estaing abgesprochen.

Am 11. März arbeiteten die 6000 Beschäftigten in Le Mans deshalb nur 4 Stunden, 8000 in Billancourt wurden zwei Stunden am Tag abgezogen, ähnlich ging es den Arbeitern in Flins und Sandouville.

In der Textilbranche sind 18 Prozent der Arbeiter ohne Beschäftigung. Die Stahlproduktion ging um 40 bis 50 Prozent zurück, und die Kapazitäten der Chemiekonzerne sind nur zu 50 bis 70 Prozent ausgelastet.

Angesichts einer halben Million Kurzarbeiter würden CGT und CFTD mit der Kampfforderung "Aufteilung der vorhandenen Arbeit ohne Lohnverlust" ein ungeheures Echo und Unterstützung finden. Auf das Wehgeschrei der Bosse, sie seien bankrott, muß man mit der Forderung nach Offenlegung der Geschäftsbücher antworten. Dies würde nicht nur die Manöver der Firmenleitung entlarven, sondern Informationen liefern, die die Notwendigkeit einer Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle ganz konkret aufzeigen.

FRANKREICH MAI '68;

Dieser Monat verzeichnet den siebten Jahrestag der größten Streikbewegung der Geschichte. Die sozialistische Revolution begann wieder in Frankreich und nahm damit den roten Faden auf, der durch die Geschichte dieser Nation läuft. Die ungeheure Kampfbereitschaft der französischen Arbeiter hielt die Welt in Atem.

Am 13. Mai demonstrierten 1 Million Arbeiter während eines offiziellen 24-stündigen Streiks in den Straßen von Paris. Bis zum folgenden Dienstag befanden sich 10 Millionen Arbeiter im Streik (von einer Gesamtzahl von 15 Millionen, von denen nur 2 1/4 Millionen organisiert gewesen waren).

Auto- und Flugzeugfabriken, Theater, Bauernhöfe, Banken, Bergwerke, Bahnhöfe, Schulen, Universitäten, Werften, Hotels, Kaufhäuser, Regierungsdienststellen, Atomkraftwerke, Schiffe und sogar die Fokjes Bergère waren übernommen und besetzt worden.

Arbeiter-, Bauern- und Studentenkomitees waren überall aus dem Boden geschossen. Alle Rundfunk- und Fernsehstationen waren unter Kontrolle der Arbeiter bei Radio und Fernsehen. Die Armee, Marine und die Polizei wurden als "unzuverlässig" bezeichnet. Die Machtorgane des Kapitals waren total lahmgelegt und das "Staatsoberhaupt" ließ sich nirgendwo blicken!

Wie im Jahre 1936 - während der ungeheuren Welle von Sitzstreiks, als Matrosen bei Arbeiterdemonstrationen mitmarschierten und die Internationale sangen - hätte die Arbeiterklasse in dieser Situation zur friedlichen Machtergreifung schreiten können.

Aber ... was geschah tatsächlich? Welche Lehren mußten gezogen werden? Die Schnelligkeit und Stärke der Explosion im Mai '68, die in jeden Winkel der französischen Gesellschaft eindrang, läßt sich nur erklären aus den sozialen Spannungen und Widersprüchen, die sich während der 10-jährigen bonapartistischen Herrschaft de Gaulles angehäuft hatten. Die internationalen Kräfteverhältnisse hatten Frankreich gezwungen, seine Rolle als Weltbankier aufzugeben und eine eigene Industrie aufzubauen.

Seit seiner revolutionären Geburt im Jahre 1789 hatte der französische Kapitalismus das Anwesen einer zu starken Arbeiterklasse und die damit einhergehende Verminderung seiner konservativen Reserven in der ländlichen Mittelschicht gefürchtet.

Aber welchen Nutzen hatte diese Industrialisierung seit 1945 für die Arbeiterklasse?

Innerhalb von 10 Jahren hatte sich die Anzahl der Leute mit Autos, Fernsehapparaten, Kühlschränken und einem Haus auf dem Land rapide erhöht, jedoch, wie die englische Sonntagszeitung "Observer" mitten im Generalstreik berichtete, "verschleiert das glänzende, verchromte Modell-Frankreich von 1968 ein großes Ausmaß an wirklichem Elend ... 5-6 Mio. Franzosen leben nahe des Existenzminimums. Ein Viertel der Arbeiterschaft verdient weniger als 150 Francs die Woche. Arbeitslosigkeit - von der wahrscheinlich mehr als 500 000 betroffen sind - und Kurzarbeit sind neue, fremde und erschreckende Erscheinungen in einem Land, das 30 Jahre lang nur Vollbeschäftigung gekannt hat."

Die Jugend wurde am härtesten getroffen. Schulabgänger nehmen 23% der erfaßten Arbeitslosen ein.

"Ein Drittel der 9 Mio. Menschen im Raum Paris leben nach offizieller Definition in unzureichenden Wohnverhältnissen ... in fast der Hälfte der Wohnungen in der Hauptstadt gibt es keine Toilette..." "Die ganz Armen - algerische und spanische Einwanderer, Landarbeiter, die vom Land in die städtischen Ghettos ziehen, die Alten - haben keine politische Stimme."

Ausgesaugt durch eine Inflation von 45% innerhalb von 10 Jahren, mit der zusätzlichen Last der Mehrwertsteuer, Angriffen auf die Sozialleistungen und Versuchen, die Löhne niedrig zu halten, konnten die Arbeiter nur durch schwere Überstunden-schinderei über die Runden kommen. Die Arbeitsbedingungen in vielen französischen Betrieben - insbesondere in den riesigen Autofabriken - waren mittelalterlich. Citroen hatte den Ruf, ein Zuchtthaus zu betreiben, keine Fabrik. Ein Drittel seiner Arbeiter waren Einwanderer, zusammengepfercht in gesellschaftseigenen Unterkünften. Bei der Arbeit wurden Männer unterschiedlicher Nationalität absichtlich nebeneinander placiert, um Gespräche unmöglich zu machen.

Wie Ford in Amerika vor dem Krieg überwachte Citroen die Fließbänder mit Hilfe von Banden bewaffneter Schläger, die im Lauf ihres Dienstes buchstäblich Arbeiter töteten und verstümmelten. Soweit sie in den Gewerkschaften organisiert waren, "waren immer mehr Arbeiter, insbesondere diejenigen unter 30 Jahren, die im Mai die treibende Kraft der Arbeit-

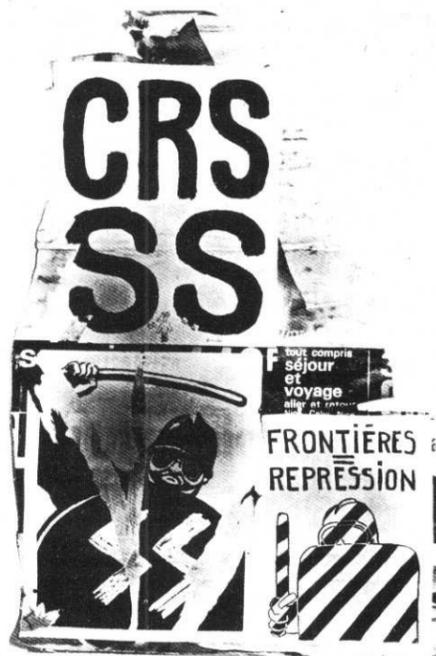
terklasse bildeten, äußerst unzufrieden mit dem, was die Gewerkschaften für sie getan hatten." (Mc Conville und Seale in: Die Französische Revolution 1968)

Die Arbeiter hatten schon am 1. Mai unter der Parole "10 Jahre sind genug" demonstriert. Dies geschah in Anlehnung an den zehnten Jahrestag der Machteroberung de Gaulles. Vor dieser Kulisse der Unzufriedenheit inszenierten französische Studenten einen Tag später Demonstrationen für die Aufhebung der Trennung nach Geschlechtern in Studentenwohnheimen. Diese Demonstrationen wurden von der Polizei mit brutaler Gewalt zerschlagen. Am 3. Mai wurden die Universitäten geschlossen. Als Reaktion darauf gingen Tausende von Studenten auf die Straße und die ersten Straßenschlachten fanden statt. Die Frage der Studentenwohnheime zeigte nur einen kleinen Teil der Unzufriedenheit. Die Parolen wurden schnell allgemeiner und politischer.

Die Studenten hatten ihre eigenen aktuellen Mißstände, die aus der Krise im Bildungswesen erwachsen: Studenten aus der Arbeiterklasse bildeten nur 10% der Gesamtstudentenschaft; Stipendien existierten fast nicht; die Durchfallquote betrug 20%; 50% der Studenten wurden vor Beendigung ihres Studiums hinausgedrängt; weitverbreitete Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen; chronische Überfüllung und erbärmliche Verhältnisse in Vorlesungssälen und Studentenwohnheimen; eine strenge und veraltete erzieherische und soziale Herrschaft.

Die Studentenkämpfe legten nur den Funken an den Zunder. Ihre Proteste fanden ein unmittelbares Echo in den Reihen der Arbeiterklasse als auch der Mittelschicht. Als die Universitäten geschlossen wurden und Polizei eingesetzt wurde, um friedliche Studentendemonstrationen zu zerschlagen, wendete sich das Blatt. Die Illusion einer Entwicklung Frankreichs in Ruhe und Überfluß und einer passiven Arbeiterklasse war zunichte gemacht.

Von den ersten Tagen der Barrikaden- und Straßenkämpfe an, genossen die Studenten die Unterstützung von mehr als 80% der Pariser Bevölkerung. Als eine Demonstration am 6. Mai von Spezialeinheiten der Polizei, den CRS (Compagnies Républicaines de Sécurité; Republikanische Sicherheitstruppen), hinterhältig angegriffen wurde und zum ersten Mal seit 1944 Barrikaden gebaut wurden, öffnete die Pariser Bevölkerung ihre Türen und schützte die Flüchtenden vor den CRS-Knüppeln und den Gewehrkolben der Polizei.



Sie gossen Wasser aus den Fenstern, um die schlimmsten Auswirkungen von Tränengas und anderen Gasen, die gegen die Demonstranten eingesetzt wurden, zu lindern. Sogar große Teile der "freiberuflichen" Mittelschicht und eine Anzahl gaullistischer Abgeordneter unterstützten die Forderungen nach Reform und protestierten gegen die übertriebene Reaktion der Regierung.

Die Brutalität der CRS erregte den Zorn und die Empörung der Arbeiterklasse, insbesondere nachdem die Arbeiter bei ORTF (Office de la Radiodiffusion et Télévision Française; Französische Radio- und Fernsehanstalt) darauf bestanden hatten, daß ein Film darüber im Fernsehen gezeigt wurde. Insbesondere junge Arbeiter, die darauf brannten, um ihre eigenen Forderungen mit der Regierung zu kämpfen, identifizierten sich mit den Studenten und schöpften Mut aus der Tatsache, daß deren Aktionen anscheinend Risse im gaullistischen Koloß erzeugten.

Am Ende der ersten Maiwoche wurden die Universitäten besetzt und Dozenten streikten gegen die Studentenverhaftungen und für grundlegende Reformen im Bildungswesen. Weiterführende Schulen wurden geschlossen, als Lehrer und Schüler in der Streik traten und sich zu Tausenden den Demonstrationen anschlossen. 13-jährige Schüler wurden von weniger wohlwollenden Lehrern in ihren Klassenräumen eingeschlossen, um sie von den Demonstrationen fernzuhalten.

Aber besonders bedeutungsvoll ist, daß junge Arbeiter sich den Protesten der Studenten anschlossen und selbst in den Streik traten - bei Sud Aviation (franz. Flugzeugfabrik) gegen Entlassungen; bei der Post für höhere Löhne.

ROLLE DER STUDENTEN

Die kommunistische Führung des größten Gewerkschaftsbundes Frankreichs - der CGT (Confédération Générale des Travailleurs - Gewerkschaftsbund der Arbeiter) - hatte anfänglich die Bewegung in den Universitäten verdammt. Die Zeitung der KPF, "L'Humanité", denunzierte die Studentenführer als "Abenteurer", "falsche Revolutionäre" und sogar als "Werkzeuge der Bourgeoisie". Anarchisten (insbesondere Daniel Cohn Bendit) und selbsternannte Trotzisten (insbesondere die JCR*)



waren im Treibhaus Universität erblüht, unzufrieden mit der "etablierten Ordnung", in die sie die Kommunistische Partei einschlossen. Doch unter dem Druck der Ereignisse waren die Studenten gezwungen, sich (verspätet) an die Fabriken um Unterstützung zu wenden, und die CGT-Führer waren aus Furcht, von links überholt zu werden, gezwungen, ihren Kurs zu ändern und zu offiziellen Demonstrationen aufzurufen, als ein Versuch, die Kontrolle über die Bewegung wiederzugewinnen.

Gemeinsam mit dem ehemals katholischen Gewerkschaftsbund, der CFDT (Confédération Française Démocratique du Travail; Französischer demokratischer Gewerkschaftsbund der Arbeit), den linken Parteien und der Lehrgewerkschaft riefen sie für Montag, 13. Mai einen 24-stündigen Generalstreik aus. Dieser begrenzte Generalstreik war als Druckmittel gegen die Regierung gedacht, gleichzeitig als Sicherheitsventil, um den in den Tiefen der Arbeiterklasse angesammelten Dampf abzulassen. Es gelang aber nicht, die Bewegung dadurch zu dämpfen. Im Gegenteil: Die massiven Arbeitsniederlegungen - 50 000 in Marseille, 40 000 in Toulouse, 1 Mio. in Paris - ermutigten nur die Arbeiter. Am nächsten Tag kehrten die Arbeiter der Sud Aviation nur zu ihrer Fabrik in Nantes zurück, um sie zu übernehmen, den Direktor einzusperren und alle Arbeiter zu appellieren, sie zu unterstützen und ihrem Beispiel zu folgen.

Ohne offizielle Unterstützung verbreiteten sich die Resetzungen wie ein Lauffeuer und gipfelten in totaler Lahmlegung der Wirtschaft am Ende der dritten Woche. Gegen die Wünsche der Führer der KPF (der Massenpartei der franz. Arbeiterklasse) wurden an verschiedenen Orten Aktionskomitees eingerichtet, die die Besetzungskomitees an den Arbeitsplätzen ergänzten: Arbeiterkomitees in den Fabriken; Komitees von Ärzten, Krankenschwestern und Patienten in den Krankenhäusern; von Bauern auf den Höfen und in Lagerhäusern; von Studenten in den Schulen und Hochschulen. Ein Studenten-, Arbeiter- und Bauernrat regierte buchstäblich den ganzen Bezirk Loire-Atlantique um die Stadt Nantes. Er kontrollierte den Verkehr und die Versorgung, sowie den Lebensmittel Einzelhandel. Landarbeitergewerkschaften erklärten sich bereit, die Streikenden zu ernähren; Arbeiter und Studenten halfen bei der Nahrungsmittelproduktion.

Die Preise wurden drastisch gesenkt.

*JCR - Jeunesse Communiste Révolutionnaire; Revolutionärer Kommunistischer Studentenverband

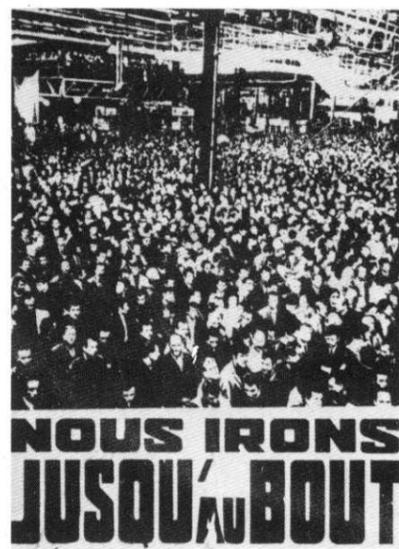
Lehrer richteten Kinderkrippen für die Kinder Streikender ein. Die örtlichen Polizei- und Regierungsbeamten mußten weichen und Zeugen der Entwicklung einer potentiell viel demokratischeren und effektiveren Art, Dinge zu regeln, werden als sie es bisher gewohnt waren.

1936 hatten in Nantes 50 000 Bauern gegen die damalige Volksfrontregierung demonstriert. 1968 stand die überwältigende Mehrheit der Bauern hinter den streikenden Arbeitern. Ein weiterer kennzeichnender Unterschied zwischen der "Mairevolution" und den Streiks von 1936 bestand in den reinen Beteiligungszahlen: 4 Mio. in 1936, 10 Mio. 1968. Doch sowohl im Jahre 1936 als auch 1968 war die Bewegung revolutionär. Mehr noch als die roten Fahnen, die von jedem erdenklichen Gebäude wehten, oder die Klänge der Internationale, die überall zu hören waren, bezeugte dies das Übergreifen der Bewegung auf immer weitere Schichten der Arbeiterklasse. Die Bewegung ging von den Metallarbeitern aus und erfaßte schnell sogar die bisher rückständigsten Schichten.

Bis zum 22. Mai hatten sich sogar Totengräber und Meteorologen der Bewegung angeschlossen. Künstler arbeiteten rund um die Uhr, um Plakate herzustellen und die Rolle der Kunst in der Gesellschaft zu analysieren; die juristische Fakultät "lehnte die Gesellschaft ab"; die Polizeigewerkschaft berichtete von einer "gefährlichen Situation", weil einige ihrer Mitglieder mit den Forderungen der Arbeiter sympathisierten und selbst mit Streikaktionen drohten; Bauernorganisationen riefen zu einer Demonstration am 24. Mai auf; Filmemacher traten in den Streik und beendeten das Film-Festival in Cannes; Schriftsteller und Architekten entwarfen Pläne für die neue Gesellschaft; Fußballer besetzten die Stadien und Richter organisierten sich gewerkschaftlich.

ROLLE DER KP

In de Gaulle's Abwesenheit hatte Pompidou verzweifelt versucht, den Studenten Zugeständnisse zu machen und hatte einen Volksentscheid über Mitbestimmung angekündigt. Reaktionäre Komitees zur Verteidigung der Republik wurden gegründet, aber eine von Faschisten der Organisation "Occident" organisierte Demonstration konnte nicht mehr als 2000 Menschen in ganz Frankreich auf die Beine bringen. Die kleine PSU (Parti Socialiste Unifié; Vereinigte Sozialistische Partei) sprach nun von "Arbeitermacht", die CFDT von "Demokratie", doch die KPF bestand darauf



daß der Kampf streng auf Löhne und Arbeitsbedingungen beschränkt sei - die "unmittelbaren Forderungen" der 40-Stunden-Woche, eines höheren Mindestlohns und größerer sozialer Sicherheit.

Ähnlich wie die blinden Hoffnungen der SPD und Gewerkschaften vor 1933, als die herrschende Klasse von Bürgerkrieg und Umsturz der Verfassung sprach, leugneten die KP-Führer Frankreichs den politischen Charakter des Streiks.

In der ersten Flut der Maireignisse veröffentlichte die Kommunistische Partei ein vollständiges Programm, das sich für die Verstaatlichung der Banken und Monopole unter demokratischer Arbeiterkontrolle aussprach - in einer Situation, in der "die Machtfrage schärfer denn je gestellt wird" (L'Humanité, Tageszeitung der franz. KP, Sonderausgabe). Doch dieses Programm wurde schnell fallengelassen, und in den nächsten Wochen war die KP-Führung bemüht, die Bewegung in "sichere parlamentarische Bahnen" zurückzulenken.

DIE VERPASSTE REVOLUTION

Auf der Höhe der revolutionären Streikbewegung bekundeten die CGT- und CFDT-Führer ihren Wunsch, mit der Regierung zu verhandeln - mit einer Regierung, die nicht existierte, die keine Macht in der Gesellschaft besaß, die beinahe die Flucht ergriffen hatte!

Die Macht lag innerhalb der Reichweite der Arbeiterklasse. Es bedurfte nur einer Verbindung der Komitees auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, um die Struktur einer Arbeiterregierung sicherzustellen. Eine solche Arbeiterregierung hätte von Anfang an eine demokratisch gewählte Volksvertretung, die im Gegensatz zur herkömmlichen bürgerlichen Demokratie unmittelbar an der Basis gewählt und jederzeit von der Basis abwählbar wäre.

Die Komitees, die ursprünglich Mittel zur Erlangung der politischen Macht waren, würden dann zu staatlichen Organen der Kontrolle und Verwaltung durch die Massen werden. Eine solche Arbeiterregierung hätte den denkbar günstigsten Ausgangspunkt für die Errichtung des Sozialismus gehabt. Die Staatsmaschinerie der bürgerlichen Republik befand sich in Auflösung. Die politischen Vertreter der herrschenden Klasse waren zutiefst gespalten. Die Sympathie aller Werktätigen wurde schon millionenfach bekundet. Fast ohne Widerstand hätte die Regierung in den ersten Stunden ihrer Amtszeit alle Großkonzerne in Staatseigentum überführen und Sicherheitsorgane aus den Reihen der organisierten Arbeiterklasse zum Schutz

dieser Maßnahmen bilden können. Dieses war immer das Programm des Sozialismus im Sinne von Marx und Engels.

Auf der Grundlage dieser Verstaatlichung der Schlüsselindustrien hätte die Industrie wieder in Gang gesetzt werden können, nun aber befreit von den Fesseln der Profitgier und auf die Bedürfnisse der Masse der Arbeiter abgestimmt; Bedürfnisse, die in den Komitees Ausdruck finden, die wiederum mit denen der Hausfrauen, Studenten, Bauern, Soldaten und kleinen Geschäftsleute in Einklang gebracht und auf der Grundlage eines gründlich durchdachten und demokratisch durchgeführten Produktionsplans aller Wirtschaftszweige verwirklicht werden.



Die Unfähigkeit der Arbeitermassenpartei in Frankreich, sich auf diese Perspektive zu stützen, führte zu erstem Unbehagen in ihren Organisationen. André Barjonet, einer ihrer Führer in der CGT, trat sogar angewidert aus und schloß sich der "linkeren" PSU an. "In jeder Zelle und jeder Fabrik fragten die Männer, ob nicht die Partei eine einmalige Chance verpaßte" (Mc Conville und Seale).

Trotz der Spaltungsversuche der KP-Führung schlossen sich die Arbeiter den Studenten auf den Barrikaden an, als die Kämpfe zunehmend verbissen und heftig wurden. Am 24. Mai schließlich gab de Gaulle eine öffentliche Erklärung ab, die nur wenige Minuten dauerte, in der er seine Zukunft von einem Volksentscheid abhängig machte - eine Zukunft, die, wie er am nächsten Tag gegenüber dem amerikanischen Botschafter erwähnte, "nicht von uns, sondern von Gott abhängt". Sogar der herrschenden Klasse war klar, daß der Volksentscheid ein Blindgänger sei, und er wurde für "nicht verfassungsgemäß" erklärt. Er hätte sowieso nicht durchgeführt werden können, weil die belgischen Drucker sich weigerten, als Streikbrecher zu fungieren, indem sie die Formulare druckten!

Es schien, als ob de Gaulle am Ende sei. Sogar Regierungsbeamte diskutierten allen Ernstes, wie die Macht übergeben werden sollte. Trotzdem erschien am 27. Mai Seguy, Generalsekretär der CGT, nach dreitägigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern und der Regierung in der Rue de Grenelle, unverhohlen erfreut mit einer Vereinbarung, die er den Arbeitern verkaufen wollte: Erhöhungen der Grundlöhne um 35% bzw. 72% und den größten Sozial-

leistungen, die seit der Befreiung für die Arbeiterklasse erreicht wurden. Aber sogar dies schien ebenfalls ein Blindgänger zu sein. In Massenveranstaltungen wiesen die Arbeiter sie kurzerhand zurück. Als Seguy vor den versammelten Arbeitern der Renault-Fabrik in Billancourt auftrat und die Verhandlungsergebnisse lobend verkündete, unterbrachen die Arbeiter seine Rede mit der wiederholten Parole aus dreißigtausend Kehlen: "Gouvernement populaire" (Volksregierung).

Die Arbeiter warteten ab, welches der nächste Schritt sein würde. Viele Arbeiter nahmen an der 40 000 Teilnehmer starken Charléty-Kundgebung teil, die von der JCR unter revolutionären Parolen für den gleichen Abend organisiert worden war. Pierre Mendès-France hatte eher ein Gespür für die revolutionäre Stimmung der Massen, sprach im Rundfunk und bot plötzlich seine Dienste als Staatsoberhaupt der Republik an. Mitterand forderte ebenso plötzlich Parlamentswahlen und die CFDT forderte eine Intensivierung des Streiks. Die CGT plante eine Demonstration für den 29. Mai. 500 000 gingen auf die Straße unter der Parole der "Volksfront demokratischer Einheit" und forderten eine "Volksregierung".

Der Generalsekretär der franz. KP, Waldeck Rochet, hatte die Entschlossenheit der KP verkündet, an der Regierung teilzuhaben. Doch indem er die Worte von Maurice Thorez, dem damaligen Generalsekretär von 1936 wiederholte, als dieser die besetzten Fabriken unter der Parole der "republikanischen Legalität" räumen ließ, beharrte der KP-Führer: "Wir müssen es verstehen, einen Streik zu beenden." Und dies ausgerechnet zu einer Zeit, als die Verkörperung des "starken Staates", de Gaulle, seine Koffer packte und murmelte: "Das Spiel ist aus"! Er gab seinem Stellvertreter den Schlüssel zum Safe, in dem er sein politisches Testament aufbewahrte und floh aus Paris. Radioreporter gaben bekannt, daß de Gaulle "vermißt" werde.



Am folgenden Tag - dem 30. Mai - kehrte ein auf wunderbare Weise verwandelter de Gaulle nach Paris zurück. Eine schnelle und genauestens organisierte Reise nach Baden-Baden zu General Massu hatte ihn der Unterstützung der 70 000 Mann zählenden französischen Truppen in Deutschland versichert (wahrscheinlich auf der Basis eines "gentleman's agreement", das eine Amnestie für die noch in Haft befindlichen ultrarechten OAS-Führer einschloß. * Diese respektablen Terroristen waren für Bombenanschläge und Attentate auch gegen die 5. Republik verantwortlich, in ihrem Versuch, ihre Herrschaft über Algerien aufrechtzuerhalten.)

Der Staatssekretär für die Armee, Messmer, hatte zuvor de Gaulle gewarnt, daß es "unklug" sein würde, die normalen Truppen auf Zivilisten schießen zu lassen.

Bei seiner Rückkehr verkündete de Gaulle sofort die Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen. Er ließ eine üble Hetzkampagne vom Stapel gegen die "Roten", "die Bedrohung durch eine totalitäre Diktatur" etc. Erst jetzt, nach mehr als 2 Wochen Generalstreik und vollständiger Lähmung der Wirtschaft, wo die Straßen von Paris mit Unrat verstopft waren und wo keine der Arbeiterorganisationen sich als fähig erwies, der Krise auf sozialistischem Wege ein Ende zu machen, schöpften die Bourgeoisie und die Mittelschicht Mut zu einem Gegenangriff.

Panzer und Truppen formierten sich schon um Paris, und eine Demonstration des rechten Flügels zog eine Million Demonstranten an - ehemalige Angehörige der Fallschirmtruppen, Gaullisten, Kriegsveteranen aus dem ganzen Land -, die Parolen riefen wie "de Gaulle steht nicht allein", "der Kommunismus soll nicht durchkommen", "Cohn-Bendit nach Dachau" und "erschießt Mitterand".

Verhandlungen auf der Linie der Grenelle-Vereinbarungen begannen überall. Geheime Abstimmungen und eine allmähliche Rückkehr an die Arbeit, unterstützt durch die Kommunistische Partei, waren an der Tagesordnung. In den folgenden Tagen kam es zu Gewalttätigkeiten und sogar zu Todesopfern, als Polizisten eindringen, um Fabriken zu räumen, in denen Arbeiter noch ausharrten. Gegen brutale Räumungsversuche flammte hier und da der Kampf wieder auf, beispielsweise bei Renault-Flins. Entlassungen von sogenannten "Rädelsführern" und Hexenjagden wurden durchgeführt.

Einige der linken Gruppierungen wurden verboten und ihre Führer verhaftet. Alle Demonstrationen wurden ebenfalls verboten.

REVOLUTION WAR HÜGLICH

Wie konnte diese völlige Umkehrung der Kräfteverhältnisse zustandekommen? Wie schon von Marx, Engels, Lenin und Trotzki erklärt wurde, bleiben die Waagschalen im Gleichgewicht, wenn es um die Machtübernahme durch die Arbeiterklasse geht, nur für kurze Zeit, manchmal für Monate, manchmal für Wochen, manchmal nur für einen Tag. Wenn die konsequente Führung an der Spitze einer Massenpartei der Arbeiter fehlt, kann die günstige Gelegenheit für eine ganze Periode verpaßt werden, und die Reaktion kann die Oberhand gewinnen.

Sogar die bürgerliche Presse betonte, daß alle anderen Bedingungen für eine erfolgreiche Revolution in jenen wenigen Maitagen 1968 gegeben waren. Die Theoretiker der sozialistischen Bewegung hatten vier Voraussetzungen für die Erreichung des Sozialismus erkannt:

- 1.: die herrschende Klasse muß in sich gespalten sein;
- 2.: die Mittelschicht muß zwischen den Klassen schwanken;
- 3.: die Arbeiter müssen bereit sein, aufs Äußerste zu gehen;
- 4.: es muß eine konsequent sozialistische Partei geben.

• Erstens befand sich die herrschende Klasse in einer Krise. Ihr Staat hing in der Luft und war in Panik geraten. De Gaulle war aus dem Land geflohen.

• Zweitens befand sich die Mittelschicht in Aufruhr. Sie suchte nach einem Ausweg und verbündete sich mit der Arbeiterklasse.

• Die dritte Bedingung, die Bereitschaft der Arbeiter, bis zum Endziel zu kämpfen, stand völlig außer Zweifel. Die große Bewegung für eine Veränderung der Gesellschaft war von unten aufgezwungen. Die Kapitalisten der Welt waren zutiefst erschüttert. Aber die französischen Arbeiter orientierten sich noch an den Führern der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaften. Und diese weigerten sich, der Bewegung eine konsequente Führung in Richtung Sozialismus zu bieten. Die CGT hatte noch nicht einmal ihre Bereitschaft erklärt, die Massenstreiks und Besetzungen zu unterstützen.

Die alten Argumente, daß die "Situation nicht revolutionär sei" und daß die

Armee zu stark sei, wurden vorgebracht, um den Verrat der Kommunistischen Partei zu verdecken. Sie sind einfach nicht stichhaltig. Auf der Höhe der Bewegung hätten die Soldaten nicht auf die Studenten und Arbeiter geschossen. "Ich meine, ihre Methoden sind vielleicht etwas hart," sagte ein Soldat. "Aber ich bin selbst Sohn eines Arbeiters."

120 000 von 168 000 Soldaten waren wehrpflichtige. Eine konsequente sozialistische Führung hätte jeden "stählernen Ring" wie in Rußland durchschneiden können, auf der Grundlage eines Aufrufs an die Truppen.

• Aber, jene vierte Bedingung, die konsequent sozialistische Führung, fehlte. Die Kommunistische Partei begrüßte die Einberufung von Wahlen zur Nationalversammlung - eine Nichtigkeit zu der Zeit - als "eine Gelegenheit für das Volk, seine Meinung zu äußern." Diese Zusage zu Wahlen zum bürgerlichen Parlament war während des Generalstreiks ein konterrevolutionärer Akt.

Auf der anderen Seite, sobald die Bewegung nachgelassen hatte und keine Massenalternative zur Wahlurne existierte, war ein Wahlboykott, wie er von der JCR und den verschiedenen maoistischen Sekten befürwortet wurde, ebenfalls bedeutungslos.

* OAS - Organisation d'Armée Secrète; Organisation der Geheimen Armee

Eine echte Kampagne für eine sozialistische kommunistische Regierung, verpflichtet auf ein Programm der Verstaatlichung der Monopole unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung hätte geführt werden müssen. Als der KP die üble Propaganda über Anarchie und Zersetzung entgegen geschleudert wurde, hätte sie energisch eine planwirtschaftliche Ordnung der Ungeplantheit und Unplanbarkeit des Kapitalismus entgegenzusetzen müssen. Stattdessen wetteiferte sie mit den kapitalistischen Parteien um "Salonfähigkeit". Für Teile der Mittelschicht sowie einer enttäuschten Arbeiterklasse schienen die traditionellen Vertreter von Recht und Ordnung unterstützungswürdiger zu sein.

WAS DIE WAHLEN BEWIESEN

Die Wahl machte bei einer hohen Beteiligung von 80% eine beträchtliche Polarisation deutlich. Die Gaullisten gewannen 1 Mio. Stimmen und die KP und die Sozialdemokratische Linke verloren jeweils etwa 600 000. Die Zentrumsdemokraten verloren ebenfalls 600 000 Stimmen. Aber die PSU, die links der KP steht und in den Maieignissen eine wesentlich kühnere Politik vertrat, verdoppelte ihre Stimmzahl von ca.

400 000 auf ca. 1 Mio. Aus ähnlichen Gründen erhöhte die CFDT ihre Mitgliederzahlen weit schneller als die CGT während und nach der Streikbewegung. Beträchtliche Teile der jungen Kämpfer organisierten sich in der KP, trotz ihrer Verräterei, weil sie damals die einzige organisierte Partei der Klasse war.

Die Maieignisse des Jahres 1968 endeten für die französische Arbeiterklasse sowohl in einem Sieg als auch in einer Niederlage. Die massiven Lohnerhöhungen sollten innerhalb eines Jahres von der Inflation aufgeessen werden. Wenn überhaupt, so waren es nur wenige Garantien, die bezüglich Arbeitszeit, Sicherheit der Arbeitsplätze, Sozialleistungen und anderen Vergünstigungen sichergestellt wurden. Was die politische Macht betraf, hatte die Arbeiterklasse eine momentane Niederlage erlitten und dem Gaullismus war in politischer und ökonomischer Hinsicht eine Galgenfrist gewährt worden. Aber paradoxerweise gingen die Arbeiterorganisationen, die für diese Niederlage verantwortlich waren, gestärkt aus ihr hervor.

Eine neue Welle der Radikalisierung beginnt in Frankreich. Während der laufenden und der kommenden Kämpfe werden die Kräfte, die die im Jahr 1968 begonnene Revolution durchführen werden, die Politik der Führung der Kommunistischen und Sozialistischen Parteien in Frage stellen. Die Sozialistische Partei hat sich seit 1972 von ihrer geschichtlichen Niederlage der 30er Jahre fast vollständig erholt und stellt jetzt eine mit der KP vergleichbare wenn nicht sogar stärkere Arbeiterpartei dar.

Die gegenwärtige Führung der PS steht - in Worten - "links" von der KP. Die PS-Führer sind jedoch die gleichen, die im Mai '68 für eine parlamentarische "Lösung" plädierten. Im Gegensatz zur KP aber ist die PS eine durchweg demokratische Arbeiterpartei. Es wird Aufgabe der französischen Marxisten sein, im Rahmen der PS ein konsequent sozialistisches Programm zu entwickeln und dadurch die besten Kämpfer der KP anzuziehen.

Die Erfahrung der Mairevolution liegt nicht tief verschüttet. In den kommenden Ereignissen werden Hunderttausende von Arbeitern erkennen, daß die einzige Lösung ihrer Probleme in einem demokratischen sozialistischen Frankreich in einem demokratischen sozialistischen Europa zu finden ist.

Die großen Kämpfe des Mai '68 waren nicht vergeblich. Die Vorkämpfer des französischen Sozialismus werden anhand des Studiums dieser Erfahrung geschult werden, wie die Vorkämpfer des russischen Bolschewismus anhand des Studiums der niedergeschlagenen Revolution von 1905 geschult wurden. Dadurch bereitete Lenin den Sieg vom Oktober 1917 vor. In ähnlicher Weise müssen die Marxisten den französischen "Oktober" vorbereiten, auf der Grundlage einer gründlichen Analyse der sozialen und politischen Niederlage der hoffnungsvollsten revolutionären Bewegung in der Geschichte der Arbeiterklasse.

Solange die fortgeschrittenen Arbeiter nicht diese Lehren verinnerlicht haben, wird die Arbeiterklasse ernster und schlimmere Niederlagen erleiden, in den großen Stürmen, die Frankreich, Europa und der ganzen Welt bevorstehen.

PORTUGAL: NUR ARBEITERDEMOKRATIE kann Errungenschaften sichern

In der südwestlichen Ecke Europas spielen sich Ereignisse von welthistorischer Bedeutung ab. Die Bewegung der Streitkräfte (MFA) - mit dem rückständigsten Kapitalismus des Kontinents konfrontiert - entzieht durch Verstaatlichungen dem privaten Besitz an den Produktionsmitteln jegliche Grundlage. Die Kapitalisten Europas und der USA schauen entsetzt zu, sind völlig machtlos, etwas dagegen zu unternehmen. Selbst unter dem ehemaligen faschistischen Offizierskorps der portugiesischen Armee findet sich im Augenblick kaum einer bereit, seinen Hals in einem Putschversuch gegen die MFA zu riskieren.

Wie die Lage in den letzten zwei Monaten völlig umgeschlagen ist, liest man an den Äußerungen des KP-Führers Cunhal deutlich ab. Solange die kommunistischen Arbeiter einen Führer wie Cunhal haben, ist eine sozialdemokratische Partei überflüssig. Noch im Herbst vertrat Cunhal die Ansicht, Portugal stehe am Beginn einer langen Periode bürgerlicher Demokratie. Im Sommer sagte er wörtlich auf die Frage "Die Großunternehmen fürchten Verstaatlichung. Haben sie Grund zur Unruhe?": "Nein, wir glauben nicht. Sie werden in Portugal auch in Zukunft immer noch einen Haufen Geld machen können."

Der gescheiterte Putschversuch vom 11. März war einer der lächerlichsten in der Geschichte überhaupt. Die Handvoll reaktionärer Offiziere und Vertreter des Finanzkapitals wurden innerhalb weniger Stunden vollkommen geschlagen. Hätten sie die Absicht, die revolutionäre Bewegung vom 25. April letzten Jahres umzukehren, so haben sie einen ungeheuren Fehler gemacht. Der Putschversuch hatte die gegenteilige Wirkung. Dreimal in den letzten 12 Monaten haben Reaktionen versucht, die Macht zurückzuerobern. Dreimal haben sie die Arbeiter und einfachen Soldaten geschlagen. Die Linksentwicklung wurde weiter beschleunigt.

Massive Demonstrationen im ganzen Land belebten die radikale Stimmung der Bevölkerung und verstärkten die Forderung nach sozialistischen Maßnahmen, um die Reaktion endgültig zu vertreiben und die wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Insbesondere die vortreffliche Aktion der Bankangestellten zwang die Führung der MFA, die Banken zu verstaatlichen, was tiefgreifende Konsequenzen für die Zukunft der portugiesischen Revolution haben wird. Sobald sie vom Angriff auf die Kasernen am Rand Lissabons erfahren hatten, stellten die Bankangestellten das Geschäft ein, schmissen die Direktoren und die Verwaltung raus und besetzten alle Filialen. Ihre Gewerkschaft lehnte es ab, unverbindliche Diskussionen zu führen und vage Verspre-

chungen anzuhören und führten ihre Aktionen entschlossen fort, bis die MFA-Führung eine entschuldigungslose Verstaatlichung der Banken mit Einführung einer der Gewerkschaft genehmen Bankenverwaltung ankündigte. Obwohl die Führer von SP und KP früher nur drei der größten Banken verstaatlichen wollten, führten die entschlossenen Aktionen der Bankarbeiter zur völligen Verstaatlichung innerhalb einer Woche.

Nach dem Sturz des alten Caetano-Regimes wurden die Arbeiter, Bauern, einfachen Soldaten und viele junge Offiziere stark radikalisiert. Streiks, Fabrik- und Landbesetzungen vergrößerten das Bewußtsein dieser Schichten auf dramatische Weise.

Die konterrevolutionären Putschversuche haben das öffentliche Bewußtsein stark radikalisiert. Die entscheidende Gruppe der MFA-Offiziere hat immer mehr eine antikapitalistische Richtung eingeschlagen. Unter dem Druck der Massen schlug die MFA einen viel radikaleren Kurs als die eigentlichen Arbeiterführer selbst ein, die keinen Ausweg anzubieten hatten und jetzt nicht umhin können, den Verstaatlichungsmaßnahmen zuzustimmen. Die verstaatlichten Banken hatten die Schlüsselpositionen der portugiesischen Wirtschaft kontrolliert.

Es ist klar, daß die portugiesische Entwicklung nicht an dieser entscheidenden Stelle haltmachen kann. Entweder wird die Revolution vollzogen oder zurückgedrängt. Allen Anzeichen nach scheint das Militär nun dem Kapitalismus und Großgrundbesitz an den Kragen zu gehen. Der Druck der Massen, die Radikalisierung der MFA und die momentane Schwäche der Reaktion deuten darauf hin.

LISSABON, 16. April (Reuter/dsp). Die Verstaatlichung weiterer Schlüsselindustrien beschloß die portugiesische Regierung am Dienstagabend. Nationalisiert werden 14 Elektrizitätsgesellschaften, einige große Öl- und Stahlunternehmen, die Eisenbahn und die Luftverkehrsgesellschaft TAP. Im März waren bereits die meisten Banken und Versicherungsgesellschaften verstaatlicht worden.

Die Maßnahmen zeigen unwiderruflich den Kurs auf, den nach unseren Vorstellungen die Revolution nehmen soll", erklärte Ministerpräsident Vasco Gonçalves. "Wir wollen die Demokratie stärken und nach einer Übergangsperiode den Sozialismus erreichen, der unser Endziel ist."

Industrieminister Joao Cravinho kündigte für einen späteren Zeitpunkt die Verstaatlichung eines der größten Stahlunternehmen Portugals an. Auch Werften, Tabakfabriken, Brauereien, die Petrochemie, pharmazeutische Werke sowie Zement-, Salz-, Kunststoffs-, Zellulose- und Schwermaschinenbauindustrien sollen unter staatliche Kontrolle kommen.

Landwirtschaftsminister Oliveira Baptista kündigte an, daß im Süden Portugals kultivierte landwirtschaftliche Privatbesitz auf 50 Hektar begrenzt werden sollen.



Die MFA tastet sich Weg über lings voran. Mit einer bankrott, zurückgebliebenen Wirtschaft konfrontiert, konnte sie zwei Wege einschlagen: auf traditionelle Weise die Massen in Schach zu halten, die Löhne zu drücken, die Wirtschaft für ausländisches Kapital "attraktiv" zu machen - etwa nach spanischem Muster.

Die jungen Offiziere rebellierten aber gegen ein korruptes Regime, das ihr Leben in Kolonialkriegen aufs Spiel setzen ließ. Sie wurden radikalisiert, hatten für die herrschende Klasse keine Sympathie. Sie schlugen den anderen Weg ein: Beim Versuch, die Wirtschaft zu modernisieren und die Lebensbedingungen der Arbeiter und Bauern durch Reformen zu verbessern, stießen sie an die Grenzen des Kapitalismus. Ähnlich wie Castro in Kuba, den anfänglich sogar die amerikanischen Kapitalisten und "Das Beste aus Readers Digest" als Demokraten gegen den Tyrannen Ba tista hochjubelten, sich binnen weniger Jahre durch die Rückständigkeit Kubas gezwungen sah, die United Fruit Company zu verstaatlichen, wissen die Militärs heute nur, was heute zu machen ist. Eine Strategie, eine klare Perspektive haben sie nicht. Trotz mancher guten Vorschläge denkt die MFA nicht daran, eine Arbeiterdemokratie zu errichten, sondern eher einen Staat nach dem Muster Osteuropas. In Voran! Nr. 6 schrieben wir nach dem Putschversuch vom 29. September 1974:

Der erste Warnschuß ist gefallen:

Im Augenblick erfüllt die Offizierschicht der MFA zugleich eine fördernde und bremsende Funktion.

Es besteht keine Garantie dafür, daß diese Offiziere die Interessen der Arbeiterbewegung erfüllen werden.

Die Arbeiterbewegung braucht aber die handfeste Sicherheit, daß die Reaktion endgültig geschlagen werden kann.

Schon im Sommer 1974 schrieben wir:

Aber in Portugal können die Rechten noch nicht zuschlagen. In Chile mußten sie drei Jahre abwarten, bis die Begeisterungswelle genügend abgeschwächt wurde, ehe sie einen Putsch wagten. Auch dann

Die Kräfte der Reaktion sind zur Zeit sehr schwach. Dies hat der Putschversuch mit drei Hubschraubern und 2,3 alten Flugzeugen enthüllt.

Wenn die Rechten nicht mehr auf die Beine bringen, was sollen dann überhaupt die Argumente der KP, daß die Arbeiter sich zurückhalten müßten, um ja nicht die Reaktion zu provozieren?

In Portugal wie in Rußland im Februar 1917 gibt es nur ein Hindernis auf dem Weg der Arbeiter zum endgültigen Sieg: die falsche Politik ihrer Führer.

Es gibt in Portugal zwei Massenparteien der Arbeiterklasse: die Kommunistische und die Sozialistische Partei. Von beiden erwarten die Anhänger, daß sie nicht nur für den Sturz des Faschismus sondern auch des Kapitalismus sind. Aber von Anfang an haben die Führer dieser beiden Parteien freiwillig die Macht in den Händen der MFA belassen.

Es ist ein unwiderlegbarer Beweis für die Reife der heutigen Gesellschaft für den Sozialismus, daß auch trotz solcher Führer der Druck von den Arbeitern groß genug war, um die Verstaatlichung der Banken zu erzwingen und die Frage der sozialistischen Revolution aufzuwerfen.

Redaktionsschluß 20.4.75

-KB-

INTERVIEW MIT SPANISCHEM JUSO

Die Lage Spaniens haben wir in der letzten Ausgabe ausführlich geschildert. Inzwischen hatte Voran! die Gelegenheit, mit einem aktiven Mitglied der spanischen Jungsozialisten (Juventud Socialista) über die jüngsten Entwicklungen in Spanien zu reden.

Voran! verfügt über gute Kontakte zu spanischen Genossen und ist der Meinung, daß der Juso-Bundesvorstand endlich die Frage Spaniens aufgreifen sollte und gemäß der Beschlüsse der International Union of Socialist Youth (IUSY) eine spanische Kampagne starten sollte, wie sie die britischen Jusos vor über 3 Jahren begannen und mit der sie in der breiten Arbeiterbewegung viel Unterstützung fanden. Der Genosse aus Madrid berichtet uns:

Die internationale Krise hat den Lebensstandard der spanischen Arbeiter besonders angegriffen. 70 % der Arbeiter verdienen umgerechnet 120 DM und weniger in der Woche. Das Niveau der Lebenshaltungskosten beträgt zwei Drittel von dem in der BRD, während die spanischen Arbeiter im Durchschnitt nur ein Viertel von dem ihrer deutschen Kollegen verdienen. Der Lebensstandard ist in den letzten 3 Jahren gesunken, die Regierung hat die Veröffentlichung von Zahlen und Fakten gestoppt oder bringt nur noch falsche Zahlen heraus.

Wir erwarten eine Inflationsrate von 30 %. Allein im Februar stiegen die Preise im Vergleich zum Vormonat um 3 % an.

Das Bruttoinlandsprodukt stieg noch 1974 um 7 % an, 1975 wird dies wahrscheinlich 1 % betragen.

Eine Firma nach der anderen ist in den letzten Monaten zusammengebrochen. In Malaga zum Beispiel sind 20 % der Bauarbeiter ohne Beschäftigung.

In den Autokonzern SEAT wird nicht mehr investiert. In Zaragoza wurde ein Fabrikanbau gestoppt. 100 000 Autos sind unverkauft.

Die Streikaktivität ist unter dem Druck der Krise enorm angestiegen, besonders in den Hauptindustrieregionen Baskenland, Barcelona und Madrid. In Potasas de Navarra besetzten 45 Bergleute eine Zeche. Der Generalstreik sprang sofort

auf Pamplona über. 5000 Menschen errichteten Barrikaden und besetzten das Stadtzentrum - die Polizei konnte nicht rein. Überhaupt wagt die Polizei wegen der Stärke der Arbeiter in letzter Zeit gar nicht mehr, bewaffnet aufzutreten. 3500 Beschäftigte der Firestone-Reifenwerke streikten einen Monat und 15 Tage lang.

In den Asturias standen im Februar zwei Tage lang die Räder aller Bergwerke still. Das Nationalkomitee der JS wirkt bei der politischen Vorbereitung eines nationalen Generalstreiks mit. In verschiedenen Provinzen wurden Arbeitereinkommenskomitees geschaffen, umfassende Sammelbecken aller Gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen, die für den 29. und 30. April Kampftage in allen Industriezentren planen.

Der Zusammenbruch des Franco-Regimes kann auf zwei Arten erfolgen. Entweder bricht die Bourgeoisie mit der Diktatur, oder die Massen stürzen Franco durch Druck von unten. So oder so wird der Sturz Francos die sozialistische Revolution einleiten, die sich über mehrere Jahre erstrecken wird. In Spanien stellt sich die Frage "Kapitalismus oder Sozialismus" ganz konkret. Es ist unsere Aufgabe, eine klare marxistische Alternative aufzuzeigen, um zu verhindern, daß die Arbeiter ein zweites Mal unter unsagbaren Blutverlusten eine Niederlage erleiden, was unvermeidlich der Fall sein wird, wenn wie in den 30er Jahren keine klare sozialistische Führung aufgebaut wird.

Spanien als eines der schwächsten kapitalistischen Länder wird für die anderen, noch relativ stabilen kapitalistischen Länder ein Wegweiser sein. Die spanische Arbeiterbewegung wird vor dem endgültigen Sieg des Sozialismus wichtige Erfahrungen durchmachen, von denen die internationale Arbeiterbewegung lernen muß: Frage der Volksfront, Politik der Sozialis-

stischen Partei, Rolle des Staates, Rolle der Marxisten, Frage der Sozialistischen Führung.

Internationale Solidarität - das ist nichts Abstraktes oder Gegenstand für Festreden. Echter Internationalismus - das heißt zunächst einmal für den Juso-Bundesvorstand breite und regelmäßige Informierung über die spanische Situation, eine Kampagne, um die spanische Frage in den Reihen der breiten Arbeiterbewegung zu propagieren. Der deutsche Arbeiter, der in einem multinationalen Konzern mit Zweigwerk in Spanien arbeitet, wird sicherlich wissen, daß die internationale Einheit aller Arbeiter des Konzerns eine praktische Notwendigkeit ist.

FÜR EINE JUSO-SPANIEN

KAMPAGNE!

Die deutschen Jusos müssen sich viel ernster mit Spanien befassen. Rein bürokratische Spendenaktionen für alle möglichen Länder ohne eine konkrete Perspektive und ohne Verständnis für die Entwicklungen in dem jeweiligen Land nutzen recht wenig, und nur "Venceremos" brüllen bringt auch nichts. Spanien ist der Schlüssel für die internationale Situation. Die Revolution steht unmittelbar bevor und wird Europa und die ganze Welt erschüttern. Was sich in Spanien in den nächsten Monaten aufzutun wird in der nicht allzu fernen Zukunft in ganz Europa aufflammen. Deshalb ist es für alle Jusos absolut vordringlich, die spanische Entwicklung am Vorabend der Revolution zu verstehen, klare Perspektiven zu haben und die internationale Schlüsselrolle Spaniens für die Europäische Revolution zu begreifen, weil die spanische Geschichte und die zukünftige Revolution auf der iberischen Halbinsel ungeheuer viele Lehren und Erfahrungen bergen, die für die BRD anfang der 80er Jahre entscheidend sein werden.

Wenn sie die MFA zwingen, die ganze Industrie und Wirtschaft zu verstaatlichen wird dies das größte Ereignis in Europa seit 25 Jahren sein. Das ist aber nicht genug. Die Arbeiter müssen verhindern, daß die Macht in die Hände einer arroganten und privilegierten bürokratischen Schicht wie in Rußland, Osteuropa, China, Kuba und Syrien kommt. Portugal muß von Sowjets, von Arbeiterräten und Soldatenräten regiert werden, sonst wird sich die Aufgabe einer neuen politischen Revolution stellen, um eine echte Arbeiterdemokratie zu erkämpfen.

Schon vor den Parlamentswahlen hat die MFA eine neue Verfassung angekündigt, die die Bewegung der Streitkräfte in der Verfassung institutionalisiert: Die neue Pyramide der Macht soll nach der gemeinsamen Plattform folgendermaßen gegliedert sein: 1. Präsident der Republik, 2. Oberster Revolutionsrat, 3. Vollversammlung der Bewegung der Streitkräfte (MFA), 4. Provisorische Regierung, 5. Parlament.

Die Stellung des Präsidenten der Republik ist stark. Er kann das Parlament auflösen und Neuwahlen festsetzen, wenn der Revolutionsrat die vorschlägt. - laut FAZ 7.4.75.

Aber die Verteidigung der Revolution und die Entwicklung einer wahren sozialistischen Demokratie kann nur gesichert werden, wenn die bewaffneten Kräfte unter die Kontrolle der Soldaten- und Matrosenkomitees, eng verbunden mit den Arbeiterorganisationen, gebracht werden können.

Viele Soldaten, auch Offiziere, sehen diese Notwendigkeit. Aber die Führer der Massenorganisationen haben gar nicht versucht, dafür zu kämpfen.

Ohne eine Arbeiterdemokratie würde das neue Regime unvermeidlich auch gegen Arbeiter und Bauern unterdrücken und die Macht in den Händen einer militärisch-bürokratischen Schicht bleiben. Aber die Arbeiterkommissionen sind schon in den Fabriken sehr stark und haben eine gewisse Kontrolle über die Verwaltung im Betrieb.

Ohne die Ausdehnung der Arbeiterkommissionen in der Industrie, verbunden mit Komitees von Arbeitern und Hausfrauen aus allen Gegenden, mit Komitees von Studenten und Wehrpflichtigen, kann die portugiesische Revolution nicht gesichert werden.

Ohne eine bewußte marxistische Führung, die sich auf die Grundlage der Arbeiterdemokratie stellt, wird der Blickwinkel des Regimes unvermeidlich auf die nationalen Grenzen Portugals beschränkt bleiben, anstatt die Revolution als die erste Etappe der iberischen und der europäischen Revolution zu betrachten. Wegen der Rückständigkeit des Landes können die grundlegenden Probleme nicht allein auf nationaler Basis gelöst werden.

Trotzdem würde ein Bruch mit dem alten System ein wesentlicher Schlag gegen Kapitalismus und Imperialismus bedeuten. Die Arbeiter Portugals haben vor aller Welt die Macht der Arbeiterklasse gezeigt.

- o Verteidigung der Verstaatlichungen!
- o Übernahme der ausländischen Großkonzerne!
- o Für Arbeiter-, Soldaten- und Bauerräte!
- o Für eine Planwirtschaft unter Arbeiterverwaltung und -kontrolle!
- o Für ein sozialistisches Portugal in einem sozialistischen Europa!

Das Nationalkomitee der JS Spaniens wäre bereit, Sprecher in die BRD zur Eröffnung einer solchen Kampagne zu senden. Im letzten Herbst reisten spanische JS-Vertreter durch England. Ein sehr großes Echo fanden wir bei den Vertrauensleuten eines multinationalen Konzerns in Glasgow, die unsere Ideen begierig und eifrig aufsaugen. Dasselbe könnten die Jusos auch tun. Wir sind froh, daß Voran! unsere Sache aufgegriffen hat und hoffen, daß damit unter den deutschen Jungsozialisten unser Anliegen verstanden und eine konkrete Kampagne gestartet wird.

Der Juso-Bundesvorstand hat auf eine entsprechende Anfrage und die Bitte um Organisation einer Tournee für den Herbst 1974 vom Juni 1974 bis auf den heutigen Tag nicht reagiert.

Wir sind jedoch nach wie vor der Meinung, daß viele Jusos an Spanien interessiert sind und vor allem, daß viele Genossen sich dafür interessieren würden, wenn der BuVo von oben Aktionen starten würde, und daß der Bundesvorstand unter dem Druck der Ereignisse nicht umhin kommen wird, eine solche Kampagne aufzunehmen.

Alle Jusos, die sich für eine solche Kampagne interessieren, bitten wir die Forderung zu unterstützen, daß der Bundesvorstand das verwirklicht, was die spanischen sozialistischen Jungarbeiter und Jugendbewegung von uns erwartet - es ist die Gelegenheit für die deutsche sozialistische Jugendbewegung, als Sozialisten zu handeln, unser Kampf ist ihr Kampf, aber ohne ihre Unterstützung sind wir umso schwächer.

Voran! und die Marxisten haben schon vor Jahren die spanische Entwicklung vorausgesagt. Wir bieten allen Genossen, die weitere Informationen wollen und eine spanische Kampagne unterstützen würden, die Zusammenarbeit an.

ein VORAN!-Beitrag zur Strategiediskussion

Der Juso-Bundeskongress in Wiesbaden tagte zu einer Zeit, da die schwerste Krise seit Jahrzehnten den Lebensstandard und die Errungenschaften der Arbeiterklasse angriff und immer mehr Arbeiter in den Kampf zwang, also einer günstigen Zeit, um bei Tausenden und Abertausenden mit einer sozialistischen Alternative offene Ohren zu finden. Dennoch warteten die Genossen in den Arbeitsgemeinschaften vergeblich auf eine klare Antwort der Juso-Führung. Weder in der Frage "Welcher Weg zum Sozialismus?" noch in konkreten Fragen der "Basis- und Betriebsarbeit" konnte der Bundeskongress den Genossen an der Basis nützliche Unterstützung liefern. Zwangsläufige Folge: Juso-Arbeitsgemeinschaften im ganzen Land schrumpften auf einen harten Rest-Kern von einer Handvoll Aktiver zusammen, Genossen ziehen sich ins Privatleben zurück oder suchen bei einer der vielen bunten Sekten eine Alternative. Tiefer Pessimismus und Frustration mit der bisherigen Arbeit hat sich auch unter den Delegierten des Kongresses niedergeschlagen.

Das unglaubliche Taktieren und Lavieren, Manövrieren, die Erzwingung von Entscheidungen unter persönlichem Druck der Bundesvorsitzenden, die chaotischen Zustände und die Abstimmungsmechanik, diese Methoden disqualifizieren die Beteiligten und machen sie unweigerlich in den Augen von Tausenden einfacher Jusos an der Basis ungläubig. Deshalb wollen wir uns in dieser Ausgabe gar nicht mit allen Einzelheiten des Verlaufs befassen.

Ein Punkt jedoch wollen wir eingehend betrachten. Gleich am ersten Abend erlitt der Bundesvorstand eine Abstimmungsniederlage, indem 156 Delegierte bei 133 Gegenstimmen den Antrag 3 des Bezirkes

Westliches Westfalen zur Beratungsgrundlage Reform und Staat machten und die Bundesvorsitzende zur Rücktrittsdrohung veranlaßten, sie könne das Beschlossene nicht tragen und der Partei gegenüber vertreten.

Der Sieg dieses Antrags am ersten Abend der Konferenz ist ein Ausdruck für die große Unzufriedenheit an der Basis mit der perspektivlosen reformistischen Politik der bisherigen Juso-Führung und der Hoffnungen vieler Genossen, darin eine marxistische Alternative zu sehen. Die Landesverbände Hamburg und Berlin unterstützten den Antrag als "Formulierung einer marxistischen Grundposition", der Bezirk Hannover sah in ihm eine tragfähige Plattform.

Wir sind der Meinung- und die heftige Reaktion des Bundesvorstandes zeigt dies - daß der Antrag zwar in verschiedenen Punkten einen Fortschritt gegenüber der alten linksreformistischen darstellt, also links von der Politik der Juso-Führung steht. Wir glauben jedoch nicht, daß die Jusos auf dieser Grundlage für ihre wichtige Rolle bei der Erämpfung der politischen und ökonomischen Macht durch die Arbeiterklasse gerüstet sind. Ein marxistischer Anspruch wird nicht allein mit Marx-Engels-Zitaten erfüllt, wenn die Schlußfolgerungen, zu denen Marx und Engels im Bezug auf den Weg der Arbeiterbewegung nicht einmal erwähnt werden. Der Antrag ist gekennzeichnet durch ein tiefes Mißtrauen in die Arbeiterklasse, in ihre Stärke, Fähigkeiten und Kampfbereitschaft.

Im Vorwort wird der Antrag als "Versuch, theoretische Erkenntnisse über staatliches Handeln aufzuzeigen, zu verallgemeinern und Grundlagen für strategische Schlußfolgerungen zu verdeutlichen" beschrieben.

"Der monopolbestimmte Kapitalismus wird nicht in einer allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Krise von selbst zusammenbrechen, auch wenn sich Widersprüche zunehmend verschärfen."

Sicherlich wird der Kapitalismus nie von selbst, automatisch zusammenbrechen und nach dieser "Endkrise" dem Sozialismus den Platz einräumen. Der Kapitalismus, Schrecken ohne Ende, findet immer einen Ausweg, wenn er nicht endgültig gestürzt wird. Aber ist die Schlußfolgerung richtig, die der Antrag anbietet? "Die Überführung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische kann undenkbar auf einen Schlag erfolgen."

Heißt das, daß es eine Zwischenstufe zwischen der Herrschaft der Kapitalistenklasse und der Herrschaft der Arbeiterklasse geben kann? Heißt das, daß in einer Zwischenperiode Kapitalisten und Arbeiter zu gleichen Teilen sich die Herrschaft teilen sollen? Soll das heißen, daß eine sozialistische Regierung mit der aktiven Unterstützung der Arbeiter weiter unter dem Kapitalismus und mit derselben Staatsbürokratie regieren soll?

"Die Herrschaft des Kapitals ist noch unangebrochen, seine politische und wirtschaftliche Macht wird durch nationale und multinationale Monopole noch gesteigert, der kapitalistische Staat verfügt über umfangreiche Machtmittel und das Klassenbewußtsein der Lohnabhängigen in der BRD ist nur in Ansätzen entwickelt."

Dieser Ansicht sind wir nicht. Wir schließen die Augen nicht vor der Realität und schauen nicht überheblich auf die angeblich bewußtseinslose Arbeiterklasse herab.

Der internationale Kapitalismus wird in der kommenden Periode immer tiefer in die Krise geraten, zwar nicht geradlinig, aber auf kurze, steile Aufschwünge werden noch tiefere Abschwünge folgen. Die Bourgeoisie sieht tief pessimistisch in die Zukunft. Ob Inflation, ob Arbeitslosigkeit, sie kennt genau die sozialen und politischen Konsequenzen aus der Geschichte. Militärregimes und Stärkung des Staatsapparates sind keine Beweis für eine Stärkung der Kapitalistenklasse, sondern für ihre unheimliche Schwäche. Nach dem Fall des Franco-Regimes wird es in Europa keine einzige Militärdiktatur mehr geben. Die griechische Junta verschwand so schnell wie sie gekommen war. Auch die blutige chilenische Militärherrschaft ist nicht von Ewigkeit - die jüngste Regierungsumbildung zeigt die schwere Krise an, in der die Junta steckt.

Die Arbeiterklasse international ist aus der Boom-Periode gestärkt hervorgegangen. In den schwächsten westeuropäischen Ländern, die von der Krise am härtesten betroffen sind, erkennen wir drei von vier Voraussetzungen für eine erfolgreiche sozialistische Revolution: Die herrschende Klasse ist in verschiedene Lager gespalten und ratlos, die Mittelschicht schwankt und orientiert sich in Richtung Proletariat, die Arbeiterklasse selbst hat gezeigt, daß sie kämpfen kann und selbst ihr Leben zu opfern bereit ist. In diesen Ländern wäre es heute noch möglich, eine unblutige sozialistische Revolution durchzuführen. Was wir in Griechenland, Spanien und Portugal heute sehen, wird in den relativ hochentwickelten westlichen kapitalistischen Staaten schon morgen auf uns zukommen. Auch in der BRD hat die Bourgeoisie die klare Perspektive, daß sie in den nächsten Jahren nicht einige wenige Terroristen fürchten muß, sondern kämpfende Arbeiter - wie es der Ausbau des Bundesgrenzschutzes und Bundeswehrmanöver mit dem Objekt Streiks und Fabrikbesetzungen anzeigen. Für Sozialisten darf dies kein Grund zu Pessimismus oder Resignation sein. Klassenbewußtsein entwickelt sich in erster Linie nicht durch noch so viele Reden und Schriften - sondern im Kampf selbst. Die Bourgeoisie ist zur Erhaltung ihres Systems gezwungen, erkämpfte Reformen abzubauen und den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung zu senken - und ruft damit den Kampf der Arbeiter hervor. EIN TAG IM KAMPF WIRD IN DEN NÄCHSTEN JAHREN MEHR KLASSENBEWUßTSEIN SCHAFFEN ALS IN DEN 20 LANGEN JAHREN ZUVOR.



Der Antrag setzt sich kritisch mit der Rolle des Staates als ideeller Gesamtkapitalist auseinander und stellt die Unzulänglichkeit des Reformismus sehr gut dar. Als Alternative zur reformistischen wird eine "REFORMERISCHE" Politik angeboten:

"Diese Politik geht davon aus, daß der praktische Kampf um Reformen mit dem Kampf der Lohnabhängigen, der eine grundlegende gesellschaftliche Umgestaltung zum Ziel hat, verbunden werden muß."

Es erscheint unverständlich, daß die Verfasser und Anhänger des Antrags in der Auseinandersetzung mit dem Bundesvorstand darauf hinweisen, daß nach ihrer Meinung Reformen im Interesse der Arbeiter auch in diesem Staat durchsetzbar seien und sie betonen, daß der Träger der grundlegenden Veränderung allein die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung sein könne (richtig!), die demokratisch die Staatsmacht erobere und mittels des Staatsapparates die grundlegenden Umgestaltungen durchsetze.

"Wie also die Lohnsklaverei auf gesetzlichem Weg stufenweise ausheben, wenn sie in den Gesetzen gar nicht ausgedrückt ist? Bernstein, der sich an die gesetzliche Reformarbeit machen will, um dem Kapitalismus auf diesem Wege ein Ende zu bereiten, ge-

rät in die Lage jenes russischen Schutzmannes, der bei Uspienski sein Abenteuer erzählt: 'Schnell packte ich den Kerl am Kragen, und was stellte sich heraus? Daß der verdammte Kerl keinen Kragen hatte!' ..Da eben liegt der Hase im Pfeffer." (Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution)

Kein echter Marxist ist gegen Reformen, das heißt echte Verbesserungen der Lebensbedingungen. Wer aber nicht erkennt, daß der Staatsapparat für Konterreformen eingesetzt wird, der wird nie Grundlagen für eine erfolgreiche sozialistische Strategie legen können.

Die gesetzliche Reform und die Revolution sind also nicht verschiedene Methoden des geschichtlichen Fortschritts, die man in dem Geschichtsbüffel nach Belieben wie heiße Würstchen oder kalte Würstchen auswählen kann, sondern verschiedene Momente in der Entwicklung der Klassengesellschaft, die einander ebenso bedingen und ergänzen, zugleich aber einander ausschließen, wie z.B. Südpol und Nordpol, wie Bourgeoisie und Proletariat. (Luxemburg, wie oben)

"...ermöglicht die politische Demokratie in gewissem Umfang die Beeinflussung und Kontrolle staatlichen Handelns durch die Lohnabhängigen...." (Antrag).

Jeder Marxist wird demokratische Rechte und Freiheiten begrüßen. Auch dies ist nicht der Gutwilligkeit der Kapitalisten zu verdanken, sondern mußte von ihnen durch die Arbeiterbewegung erkämpft werden. Wenn die Bourgeoisie spürt, daß es an die Wurzel ihrer Existenz geht, so wird sie auch wieder sehr schnell die demokratische Fassade abwerfen - allerdings wird das gegenwärtig sie aufgrund der Stärke und des Selbstvertrauens der Arbeiterbewegung nicht tun können, sondern erst dann, wenn die Führung der Arbeiterbewegung in einer längeren Periode günstige Gelegenheiten zum fast unblutigen endgültigen Sturz der Kapitalistenklasse verstreichen läßt und zögert - wie wir es in den 30er Jahren mit dem Faschismus in Deutschland und Spanien erlebten.

» ein Gramm persönlicher Erfahrung wird mehr Klassenbewußtsein schaffen als eine Tonne Theorie «

Entweder herrscht das Kapital oder herrschen die Arbeiter.

Zwischenstufen kann es nur kurzlebig geben. Doppelherrschaft (Rußland 1917) wirft unmittelbar die Perspektive Revolution oder Konterrevolution auf.

Worin unterscheidet sich die folgende Aussage von der offiziellen Juso-Bundesvorstandslinie?

"Reformen gewinnen also dann antikapitalistischen Charakter, wenn... die Machtpositionen der Lohnabhängigen ... auf Kosten der Macht der Unternehmer ausgeweitet werden."

Jeder Streik, jeder Kampf, jede wesentliche Reformforderung wird die Bourgeoisie in ihrer Existenz bedrohen. Sie wird sich stets mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln wehren - selbst wenn sie unter starkem Druck gezwungen sein sollte, hier und da kleine Konzessionen zu machen - sie wird nie Reformen und Veränderungen freiwillig zulassen, die ihre Macht erheblich einschränkt und in Frage stellt.

Bourgeoisie und Proletariat stehen sich in unversöhnlichem Gegensatz gegenüber. Die Bourgeoisie wird nie freiwillig die Bildfläche räumen. Sie gleicht einem großen Krebsgeschwür im Körper der Gesellschaft. Reformisten versuchen, dieses Krebsgeschwür mit Pillen und kosmetischen Eingriffen ungefährlich zu machen. Andere wiederum wollen es schrittweise anpacken und eindämmen. Nur die Marxisten sind die echten Krebschirurgen, die das Geschwür so früh wie möglich entfernen wollen.

Die gesamte Menschheit bewegt sich auf eine stürmische Epoche zu. Sie kann sich keine Quacksalber und Tätowiermeister leisten. Der Kapitalismus hat schon in der Vergangenheit unsagbares Elend und Leid über die gesamte Menschheit gebracht. Sozialismus oder Barbarei lautete die Alternative in der Vergangenheit. Sozialismus oder die Vernichtung aller in den letzten Jahrtausenden aufgebauten menschlichen Kultur - vor diesem Scheideweg steht die Menschheit im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts. Die Arbeiterklasse als einzige wirklich revolutionäre Klasse wird auch ohne Einwirkung der Sozialisten in der vor uns liegenden Periode unter dem Hammerschlag der Ereignisse aus ihrer relativen Passivität in kämpferische Aktionen eintreten und die revolutionären Traditionen ihrer Väter und Großväter wieder

entdecken. Ein Gramm persönlicher Erfahrung wird mehr Klassenbewußtsein schaffen als eine Tonne Theorie.

Es ist nicht die Aufgabe der Jungsozialisten, die Arbeiterbewegung in ein starres, von der Realität losgelöstes Korsett zu zwingen und ihr den Weg zum Sozialismus mit technokratischen Modellen vorzuschreiben. Sonst werden sie sehr bald von einer Woge überflutet werden und der Arbeiterklasse hoffnungslos und verzweifelt nachlaufen.

Der Antrag behauptet, daß die Verwirklichung des Sozialismus erst dann möglich ist, wenn durch eine "Eskalation von erkämpften Reformen die gesamtgesellschaftlichen Machtpositionen der Lohnabhängigen Bevölkerung und ihrer Organisationen gestärkt und ausgebaut werden können sowie die Lohnabhängigen durch den Kampf um Reformen und die Ausübung ihrer Rechte zunehmend zum Bewußtsein ihrer Klasseninteressen kommen können." Soll das heißen, daß die Arbeiterklasse erst dann Klassenbewußtsein vermittelt bekommt, wenn sie Schritt um Schritt mehr Macht ausübt? Ist die Arbeiterklasse in den relativ rückständigen und unterentwickelten Ländern deshalb klassenunbewußt, weil sie noch keine Eskalation erkämpfter Reformen erlebt hat? (Chile, Portugal, Rußland !!!)

Die Arbeiterklasse braucht nicht durch utopische, unrealisierbare Modelle der schrittweisen Machtausdehnung zum Klassenbewußtsein erweckt zu werden. Wer versucht, solche künstlichen Modelle populär zu machen, der wird unweigerlich von der Bewegung der Klasse überrollt werden. Fabrikbesetzungen und Demonstrationen gegen Betriebsstilllegungen zeigen, daß die betroffenen Arbeiter bereit sind, selbst die Produktion in die Hand zu nehmen und nicht durch Ausübung ihrer ach so großartigen Mitbestimmungsrechte zum Klassenbewußtsein gebracht zu werden brauchen.

Reformen können nach Meinung der Antragsteller die "Einflußmöglichkeiten der Lohnabhängigen auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse vergrößern und das Selbstbewußtsein der Lohnabhängigen stärken, wenn diese Mitbestimmungs- und Kontrollfunktionen wahrnehmen und so ihre eigene Fähigkeit stärker entfalten und erkennen können."

Mitbestimmung in der Krise kann aber nie das Selbstbewußtsein der Arbeiter vergrößern, sondern nur die Arbeitervertreter unglaubwürdig machen, die Arbeiter demoralisieren, denn solange das Kapital und seine Gesetze weiterhin den Ton angeben, kann nur über Entlassungen, Rationalisierungen, Kurzarbeit und Lohnkürzungen mitbestimmt werden.

SOZIALISMUS - oder Vernichtung menschlicher Kultur

Die Genossen aus dem Westlichen Westfalen wollen mit ihrem Antrag bestimmt einen positiven Beitrag leisten und haben in verschiedenen Punkten die Diskussion bereichert und ein Stück vorangebracht. Andererseits jedoch verrät der Antrag gerade dort, wo es um konkrete Schlußfolgerungen geht, Blindheit und Perspektivlosigkeit. Dies kann sich die sozialistische Bewegung, wenn sie ihre historische Aufgabe erfüllen will, aber nicht leisten. Sie muß den Marxismus, der in den letzten 100 Jahren immer wieder aufs Neue getestet und bestätigt worden ist, ernstnehmen und anzuwenden in der Lage sein. Dazu wollen wir mit diesem Artikel ebenso wie mit dem Artikel über "Staat und Reform" in Voran Nr. 8 einen Beitrag leisten.

Marxisten vertrauen der Arbeiterklasse. Sie haben klare Perspektiven und verstehen es, die Stimmung in der Arbeiterklasse zu erkennen und zu verallgemeinern.

Jungsozialisten mit marxistischem Anspruch müssen den Marxismus als Waffe der sozialistischen Bewegung ernstnehmen und anzuwenden verstehen. Es ist bereits heute möglich, ohne Zwischenmodelle und Halbheiten die fortgeschrittenen Elemente unter den Arbeitern und vor allem Jungarbeitern unter dem Banner des Marxismus zu sammeln. Aufgabe einer sozialistischen Bewegung in Zukunft wird es sein, die lokalen Kämpfe der Arbeiter zusammenzufassen, zu vereinheitlichen, zu zentralisieren, um dann - wenn der günstige Moment herangereift ist, die Macht zu erobern und die sozialistische Arbeiterdemokratie als Vorstufe zur sozialistischen Gesellschaft aufzubauen. Wenn die Jusos wirklich eine Rolle spielen und nicht in bedeutungslose Sekten sich zersplittern wollen, so ist es jetzt allerhöchste Zeit !!!

**Der 1. Mai ist notwendig.
Die Teilnahme
der Mai-Kundgebung
sollte für Arbeiter
selbstverständlich sein.**

**IG Metall
Vertrauensmann
zu VORAN**

VORAN: sprach vor dem 1. Mai 1975 mit Arbeitern und aktiven Gewerkschaftern über den Sinn des 1. Mai und die Stimmung unter den Arbeitern.

VORAN: "Vertritt die SPD Deine Meinung nach konsequente Arbeitnehmerpolitik?" O.B., Betriebsrat, IGM: "Die SPD ist die einzige Arbeiterpartei. Das große Übel ist für mich in dieser Regierung die FDP. Einmal weil sie Reformen verhindert, zum anderen, weil sie ein Vorwand für die SPD ist. Wenn man mal mit SPD-Politikern spricht, dann sagen die immer: 'Wir möchten ja, aber die FDP...' Also die SPD muß unbedingt die absolute Mehrheit erreichen." VORAN: "Bist Du der Ansicht, daß die SPD mit absoluter Mehrheit konsequentere Arbeitnehmerpolitik vertreten würde?" O.B.: "Ich weiß es nicht. Die ganze Partei ist mir persönlich eigentlich zu rechts. Um sich die Mittelschichtwähler zu erhalten, rücken die immer weiter nach rechts. Mir wäre es am liebsten, wenn die SPD einen Teil ihrer rechten Politiker ausschließen, auf Mittelschichtwähler verzichten und weiter nach links rutschen würde."

G.W., IGM: "Der 1. Mai bedeutet für mich die Errungenschaft, einen Tag für die Arbeiter zu haben. Es gibt so viele christliche Feiertage, dann muß es auch wenigstens einen für die Arbeiter geben. Ich finde aber, am 1. Mai müßte viel mehr demonstriert werden, das heißt natürlich nicht randalieren."

P.W., Betriebsrat, IGM: "Der 1. Mai hat für die Arbeiter seine Bedeutung nicht verloren, die Teilnahme an der Kundgebung ist selbstverständlich." VORAN: "Meinst Du, daß die SPD konsequente Arbeitnehmerpolitik vertritt?" P.W.: "Nein, konsequente Arbeiterpolitik vertritt sie nicht, aber immer noch mehr als die anderen Parteien. Aber das ist ja auch kein Wunder: wenn die führenden Politiker erst mal oben sind, ihr dickes Einkommen haben und mit den Bossen an einem Tisch sitzen, dann werden sie ja auch durch diese Umgebung geprägt. Das ginge wahrscheinlich jedem so. Bei der Gewerkschaft ist es genau dasselbe."

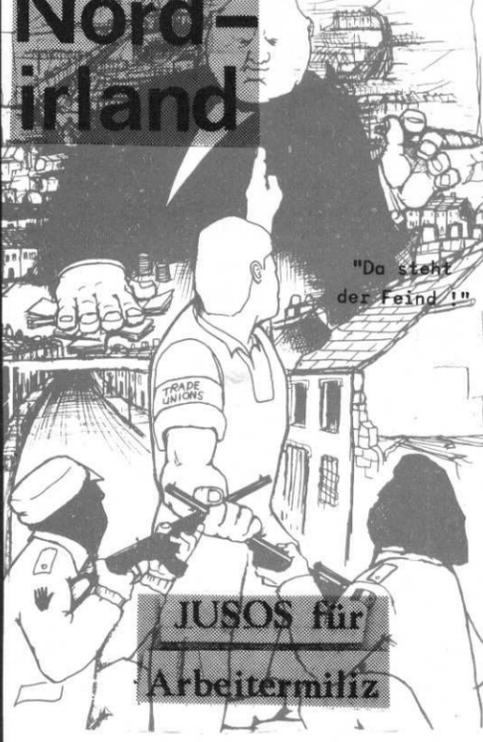
"Nach dem Kriege, weißt Du, da hätten die Gewerkschaften zugreifen sollen. Die Leute hatten Hunger, da hätten sie die Macht in die Hände nehmen sollen.....
...Die Jugend ist heute bereit, aufzustehen und zu sagen 'So geht es nicht' - das ist zu begrüßen...
...Ich bin sicher, es geht los in einigen Jahren, und die Hoffnung ist Jugend - die lassen es sich nicht gefallen und das ist nur zu begrüßen.."

J.Z., IG-Metall-Mitglied: "Der 1. Mai als Tag der Arbeiter hat meiner Meinung nach seine Bedeutung nicht verloren. Leider ist er nicht mehr ein solcher Kampftag wie früher. Es müßten vielmehr Arbeiter am 1. Mai auf die Straße gehen und demonstrieren. Vielleicht haben viele durch die Krise Angst, auf die Straße zu gehen. In einer wirtschaftlichen Krise will keiner einen großen Mund riskieren, die meisten halten sich dann lieber zurück. Es kann aber auch sein, daß bei noch größer werdender Krise doch wieder mehr Arbeiter sich dagegen wehren und demonstrieren... Einigkeit macht stark. Außerdem kommt es natürlich auf eine gute Führung der Arbeiterschaft an"

**Interviews
zum 1. Mai**

Ein Hauptdrucker bei einer großen bürgerlichen Tageszeitung, Anfang 30: "Wir sind zu ungefähr 90 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Und dann auch unsere Bedeutung; ich meine es ist doch wichtig, daß die bürgerliche Presse erscheint. In der Beziehung haben wir auch keine Probleme mit Verbesserungen - wenn wir nach extra Arbeitskitteln fragen, dann kriegen wir die auch.... Dafür herrscht bei uns ein unheimlicher Streß, Herzinfarkt, Kreislaufstörungen usw. stehen auf der Tagesordnung. Es ist auch extrem laut. Aber wenn wir die Kopfhörer aufsetzen, die man uns gab, hören wir nichts, wenn die Maschine irgendwie nicht in Ordnung ist. Daher können wir die auch nicht tragen...
..Ich weiß nicht, die Mitbestimmung? Es ist immer der kleine Mann der zahlt, immer der Arbeiter....
..Ich habe vorher nicht gewählt, aber es gibt nur SPD - ich will aber eine sozialistische Sozialdemokratie."

E.M., IG-Metall-Mitglied: "Der 1. Mai als Weltarbeitstag hat für mich eine große Bedeutung, denn es ist der Tag für die Millionen Menschen in aller Welt, die im Arbeitsprozeß stehen. Daher ist für mich als Arbeiter die Teilnahme an der Maikundgebung, die ja in den letzten Jahren leider immer mehr nachläßt, selbstverständlich."



Interview mit einem Jungarbeiter aus Londonderry, Nordirland.

F.: Könntest Du uns über Deine eigenen Erfahrungen, über die Lage in Derry und die Lage der irischen Arbeiter allgemein berichten?
A.: Ich bin 17, habe die Schule vor einem Jahr verlassen, bin seit 9 Monaten arbeitslos, drei Monate habe ich auf dem Bau gearbeitet. Für die Arbeiter in Derry sieht die Lage ebenso schwarz aus wie im ganzen irischen und britischen Gebiet. In Derry haben zwei große Textilfabriken, die seit Jahren Beschäftigung angeboten haben, angekündigt, daß sie schließen wollen.
F.: Was bedeutet der erste Mai für die irischen Arbeiter?
A.: Er steht für die Kämpfe dieser und der früheren Generationen, und ich würde sagen, daß der Maifeiertag ebensoviel Bedeutung in Nordirland hat wie auf der ganzen Welt.
F.: Was für eine Bedeutung hat die Gewerkschaftsbewegung insbesondere für jüngere Arbeiter?
A.: In Nordirland wird die Notwendigkeit zunehmend eingesehen, vor allem von Jungarbeitern, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen; vor kurzem wurden in der Derry Labour Party, die auf der Basis eines sozialistischen Programms gekämpft hat und die so weiterkämpfen wird, marxistische Gesprächskreise für Jugendliche organisiert, um marxistische Ideen zu diskutieren; und

Je mehr sich der Kampf verstärkt und die Provisional IRA, die vor allem von der Jugend unterstützt wurde, ihre Basis verliert, werden Jugendliche, ehemalige Anhänger der IRA, eine Alternative suchen. Wir sind zuversichtlich, daß wir diese Leute auf der Grundlage des Marxismus für die Ideen des Marxismus gewinnen werden.
F.: Was hältst Du von der Frage des Rückzugs der britischen Truppen aus Nordirland?
A.: Ich halte die Ideen der MILITANT-Tendenz für richtig, und ich glaube, wenn man die Frage des Rückzuges der britischen Truppen vom Standpunkt der gegenwärtigen Situation betrachtet, dann würde er zu einem unvermeidlichen Blutbad in Nordirland führen. Aber ich glaube, man sollte die Frage nicht so betrachten, denn erstens würde gegenwärtig der britische Imperialismus seine Truppen aus Nordirland nicht zurückziehen. Als Sozialist, als einer, der an die Arbeiterklasse und den Marxismus glaubt, bin ich der Meinung, daß die einzige Lösung für Nordirland im Aufbau der Arbeiterorganisationen und einer Gewerkschaftsmiliz liegt, die die irischen Arbeiter vor der britischen Armee, sondern auch vor verrückten Sektierern verteidigen sollte, die nie für die Ideen des Sozialismus zu gewinnen sind.

Maigrüße
VORAN

Die Redaktion grüßt alle Leser zum 1. Mai

Militant

und MILITANT IRISH MONTHLY
THE MARXIST PAPER FOR LABOUR AND YOUTH
Grüßt alle Leser der deutschen Schwesterzeitung Voran! zum 1. Mai 1975.
Militant, 375 Cambridge Heath Road, London E 2 9 RA, Tel. 01-7397176.

offensiv

MARXISTISK TIDNING INOM ARBETARÖRELSEN
Übermittelt solidarische Grüße an die Leser der deutschen marxistischen Zeitung VORAN! zum ersten Mai 1975.
Offensiv, Box 2057, 900 02 UMEA 2, Schweden

VONK

MARXISTISCH BLAD VOOR DE SOCIALISTISCHE BEWEGING
Grüßt zum internationalen Kampftag der Arbeiterklasse alle Leser der deutschen Schwesterzeitung VORAN!
w.pozzolo, Tarwestraat 13, 8400 Oostende, Belgien.

MAHITIS
GRIECHISCHE SCHWESTERZEITUNG VON VORAN!
SENDET BRÜDERLICHE GRÜSSE ZUM ERSTEN MAI AN ALLE LESER UND ANHÄNGER VON VORAN!
Mahitis, 66 Menandrostr. Athen.

**L.P.Y.S.
1975**

Über Ostern hielten die britischen Jungsozialisten, die Labour Party Young Socialists, ihre Jahreskonferenz in Blackpool ab. 2000 junge Arbeiter, Lehrlinge, Arbeitslose, Schüler, Studenten und Hausfrauen - über 500 mehr als 1974 - besuchten die Konferenz und widerlegten damit die Behauptung, daß die Arbeiterjugend kein Verständnis hätte für Forderungen wie Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Arbeiterkontrolle.

Im Verlauf der Konferenz wurden Resolutionen und Anträge aus den einzelnen lokalen Arbeitsgemeinschaften zuden brennenden Problemen der Arbeiterjugend behandelt und verabschiedet. Durch alle Diskussionen zog sich die Erkenntnis, daß der Kapitalismus, besonders in seinem abfallenden Stadium, unfähig ist, die grundlegenden Lebensbedürfnisse der arbeitenden Menschen zu befriedigen. Viele Lebensbereiche wurden praxisnah diskutiert - etwa die Wohnungsfrage:

Trotz katastrophaler Wohnbedingungen sind 100 000 Bauarbeiter ohne Arbeit. Jungarbeiter, die unabhängig von der Familie leben wollen, können sich die hohen Mieten nicht leisten. Die LPYS fordern: Kommunalisierung der leerstehenden Wohnungen, billige Kredite für ein Not-Wohnungsbauprogramm durch Verstaatlichung der Banken und großen Baukonzerne.

Ein Antrag zum Sozialwesen forderte eine Ausdehnung der Gesundheitsdienste und die Abschaffung privater Behandlung. Während die Haushaltsmittel für das Sozialwesen drastisch beschnitten wurden, machen private Konzerne wie die Arzneimittelindustrie riesige Profite, wobei sie für Reklame mehr Geld ausgeben als für medizinische Forschung. Die Konferenz forderte die Verstaatlichung all jener Firmen, die aus dem staatlichen Gesundheitswesen Profite schlagen.

Diese und viele andere Bereiche wurden während der Konferenz durch Reden junger Arbeiter, die über ihre konkreten Erfahrungen berichteten und dies mit einer sozialistischen Perspektive verbanden, bereichert. Schwierige theoretische und historische Fragen wurden in den vielen Seminaren in der zweiten Hälfte der Woche behandelt.

Britische Juso-Konferenz



Eine weitere zentrale Frage war die sozialistische Position der LPYS zur EG. Die deutschen und französischen Kapitalisten - von einem idealistischen Wunsch nach dem "Vereinigten Europa" weit entfernt - waren in Dublin zu einem Kompromiß bereit, weil sie Großbritannien als einen billigen Markt für ihre Waren brauchen. Die Konferenz betonte, daß die EG nur zusammenhalten kann in ruhiger wirtschaftlicher Wetterlage. In der Krise geht für die Kapitalisten jedes Staates immer das Nationalinteresse vor. Die Abwertung des Pfunds 1971, das Floaten der Währung in Frankreich und England, die Errichtung von Zollschränken, all dies ist nach den römischen Verträgen "illegal", unterstreicht diese Einschätzung. Ein einfaches Nein zur EG genügt jedoch nicht, deshalb haben die LPYS eine Kampagne für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa gestartet.

Viele Jusos aus der BRD, die die Konferenz verfolgten, waren überrascht über das hohe Niveau der Diskussion. Sie sahen, daß sozialistische Ideen nicht nur etwas für "gebildete" Akademiker sind. Die zentrale Lehre für die Jusos ist die, daß wenn sie sozialistische Zielsetzungen mit den alltäglichen Problemen der Arbeiterklasse verbinden, sie ganz sicher ein Echo bei Jungarbeitern, Lehrlingen und jungen Arbeitslosen finden würden. Indem die LPYS die Arbeiter in ihrem Kampf für die Verteidigung des Lebensstandards praktisch unterstützen - Streikposten, Fabrikbesetzungen, finanzielle und moralische Hilfe bei Streiks etc. - und ständig ihre Arbeit auf die alltäglichen Probleme der Jugendlichen orientierten, brachten sie es fertig, das Vertrauen vieler Schichten der Arbeiterklasse zu gewinnen und viele junge Arbeiter für den Marxismus zu gewinnen.

Die Organisation der LPYS fiel nicht vom Himmel. Sie wurde aufgebaut von einer bewußten marxistischen Tendenz um die Zeitung Militant, die einsah, daß die Arbeiterklasse eine sozialistische Lösung ihrer Probleme akzeptieren würde, sobald das kapitalistische System keine weiteren Verbesserungen, sondern wieder Verschlechterungen des Lebensstandards bringen würde, und daß die sozialdemokratischen Führer keine klare Konzeption hatten, die wirtschaftliche Krise zu überwinden.

Weil die LPYS diese Perspektive hatten ließen sie sich nicht durch bürokratische Manöver provozieren, sondern bauten sich geduldig eine Basis unter den Labour Party und Gewerkschafts-Mitgliedern auf.

Die Jungsozialisten in der SPD haben viel von den Labour Party Young Socialists zu lernen. Ähnliche Entwicklungen wie in England in den letzten Jahren stehen der BRD unmittelbar bevor. Die Verschärfung des Klassenkampfes wird zu einer kritischen Stimmung unter den Arbeitern führen, die Basis von SPD und Gewerkschaften wird sich nach links bewegen. Voran! teilt mit den LPYS die proletarische Orientierung. Wir glauben, daß die Jusos mit einer klaren sozialistischen Linie die sich auf die tagtägliche Erfahrung der Arbeiterjugend stützt, binnen weniger Jahre in eine Massenorganisation der Arbeiterjugend verwandelt werden können, die mit den Ideen des Sozialismus die Arbeiterbewegung insgesamt hinter sich gewinnen kann.

Impressum

Jahrgang III Nr 9
Erscheint 1975 monatlich
Verantwortlich im Sinne des Presserechts H. Thielmann, 5 Köln 30, Nußbaumerstr. 39
Redaktionsanschrift:
VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE!
46 DORTMUND 1, Postlagerkarte A 056998.
Bankverbindung: Postscheckamt Köln,
Konto Nummer 1801 - 68 - 500, H. Thielmann

**dein erstes
exemplar?
abonniere!**

An VORAN!
46 Dortmund 1
Postlagerkarte A 056998
o Ich möchte abonnieren. Den Betrag von DM 6,30 habe ich auf das Postscheckkonto Köln 1801-68-500, H. Thielmann, überwiesen.
o Ich möchte ein Sammelabo zu ermäßigten Preisen.
o Ich bitte um weitere Informationen und möchte mit der Redaktion Voran! Kontakt aufnehmen.
NAME:
Adresse:

Druck: Oktoberdruck, Berlin